Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit", sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt" und „Für die arbeitende Jugend".

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Erfurt Nr. 11092

Nr. 148 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.—; monatlich 6.00 Mk. einschl. Bestellgeld. | Halle, Dienstag, den 28. Juni 1921 | Anzeigenpreis: 5gespalt. Anzeigenteil kosten das Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespaltenen Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 5. Jahrgang.

Neue Wirtschaftsformen.

Das Ziel der Arbeiterbewegung ist ja die Schaffung neuer Wirtschaftsformen. Seitdem sie auf die Weltbühne getreten ist, hat sie kein anderes Streben gezeigt. Aber wie überall im Leben kann auch sie dabei nicht immer den geraden Weg einhalten, sondern sie muß den augenblicklichen Umständen Rechnung tragen. Wenn das deutsche Volk jetzt daran geht, neue Formen seines Wirtschaftslebens zu schaffen, so wird gewiß die Arbeiterschaft ein gewichtiges Wort dabei mitsprechen, aber sie wird nicht die Formen eines Wirtschaftslebens durchsetzen können, zu deren Erkenntnis sie mehr oder weniger auf spekulativem Wege, mit Hilfe der Abstraktion gekommen ist, sondern sie wird dabei berücksichtigen müssen, daß jetzt eine überall zwingende Gewalt die Lage beherrscht: die notwendige Erfüllung des Ultimatums.

Hier liegen jetzt zwei beachtliche Vorschläge vor, neue Formen des Wirtschaftslebens zu finden die allein dem Zweck dienen sollen, die finanziellen Verpflichtungen des Ultimatums zu gewährleisten. Den einen Vorschlag macht Parvus im letzten Heft der „Glocke", der andere rührt von Dr. Alfred Striemer her und wird in der nächsten Nummer der „Betriebsrätezeitung" des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht werden.

Beiden gemeinsam ist der Grundgedanke, eine Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Schichten durch die Erfüllung des Ultimatums zu verhindern. Eine Herabsetzung der Lebenshaltung, sei es direkt durch Abbau der Löhne oder indirekt durch große Konsumsteuern, würde sofort ein Nachlassen der Arbeitsfreudigkeit und ein gewaltiges Sinken der Produktion nach sich ziehen. Aber gerade die zweckmäßige Steigerung der Produktion ist die Vorausbedingung für die Erfüllung des Ultimatums. Die zweckmäßige Zusammenfassung aller Kräfte und nicht die Abwälzung der Lasten auf die schwächsten Schultern muß erstrebt werden. Dazu schlägt Parvus die Schaffung eines gewaltigen Konzerns vor, der die bedeutendsten Wirtschaftsfaktoren Deutschlands zusammenschließt. Er stellt sich diesen Konzern folgendermaßen vor:

1. Es wird unter dem Namen „Deutsche Interessengemeinschaft" oder „Deutscher Konzern" ein Konzern gegründet, der den Kohlenbergbau, die Eisenindustrie, die Staatseisenbahnen, die Maschinenindustrie und andere führende Industrien umfaßt.

2. Der Zweck des Konzerns ist:
   a) Ausführung der von den Alliierten verlangten Sachleistungen.
   b) Wiederaufbau der deutschen Industrie.
   c) Gemeinsame Kreditbeschaffung.
   d) Förderung von Industrie, Handel und Landwirtschaft im allgemeinen.

3. Der Konzern ist eine Aktiengesellschaft, an deren Spitze ein Aufsichtsrat steht, der das Direktorium ernennt.

4. Das Kapital des Konzerns setzt sich zusammen aus den Aktien und Obligationen, die er herausgeben wird.

5. Die dem Konzern angegliederten Unternehmungen behalten ihre selbständige Geschäftspraxis, unterstehen aber der Finanzkontrolle des Konzerns. Sie sind u. a. verpflichtet, die vom Konzern zu bestimmenden Normative für die Gewinnberechnung und die Dividendenverteilung anzunehmen und dem Direktorium des Konzerns jederzeit Einsicht in ihre Geschäftsbücher zu gewähren.

6. Der Konzern gibt Vorzugsaktien heraus, für die sämtliche ihm angegliederte Unternehmungen pro rata ihres Anlagekapitals haften. Von diesen neuen Emissionen wird ein bestimmter Prozentsatz dem Staate zugewiesen und ein Teil in der Generalkasse des Konzerns zurückbehalten. Nach diesen Abzügen wird der Kapitalerlös an die beteiligten Unternehmungen verteilt. Der in der Generalkasse zurückbehaltene Teil neuer Emissionen dient zur Bestreitung der Verwaltungskosten des Konzerns und zur Schaffung von Unternehmungen auf gemeinsame Rechnung des Konzerns.

7. Der Konzern übernimmt sämtliche von den Alliierten angeforderten Sachleistungen und verteilt deren Ausführung unter seine Mitglieder oder führt sie in eigener Regie aus oder vergibt sie im Submissionswege.

8. Der Konzern entwirft einen Plan zur Abhilfe von Wohnungsnot und zum Wiederaufbau der deutschen Industrie, den er ebenfalls, wie im Artikel 7 angegeben, durchzuführen sucht.

9. Der Konzern soll bestrebt sein, durch Vereinigung der Interessen seiner Mitglieder eine Regelung des Verkehrs und der Produktion durchzuführen, die jeden überflüssigen Zeit- und Arbeitsaufwand erspart und die Kosten auf ein Minimum reduziert.

10. Es soll jedem ordentlichen Geschäftsmann und jeder Handelsgesellschaft, Genossenschaft usw. freistehen, dem Konzern beizutreten, wenn sie eine Bilanz veröffentlichen und wenn ihre bisherige Geschäftstätigkeit nach Prüfung durch das Direktorium des Konzerns erwarten läßt, daß sie die Durchschnittsverzinsung des Konzerns erreichen werden. Es soll aber nach der Gründung des Konzerns zur Neuaufnahme unter allen Umständen die Zustimmung des Aufsichtsrates notwendig sein.

11. Durch die Zuweisung eines Teiles der neuen Aktien an den Staat sollen die Steuerverpflichtungen der ganzen Emission als für immer abgetragen gelten und diese Vorzugsaktien steuerfrei bleiben.

Bemerkenswert ist daran, daß Parvus diesem Konzern nicht nur die Ausführung der Lieferungen an die Alliierten übertragen will, sondern daß er dieser Aktiengesellschaft auch den Wiederaufbau unserer Wirtschaft übertragen will. Er will den Staat also von dieser Aufgabe entlasten. Ein Gedanke der uns Sozialdemokraten eigentlich gerade nicht sehr sympathisch sein kann, denn auf die Entwicklung, daß der demokratische Staat immer mehr auch die Regelung des Wirtschaftslebens in die Hand nimmt, beruht ja unsere Gewißheit, das Endziel des Sozialismus zu erreichen. Doch wird über diesen Vorschlag Parvus' zur Erfüllung des Ultimatums noch zu reden sein, wenn er seine Darlegungen in der „Glocke" beendet hat.

In anderer Richtung bewegen sich die Vorschläge Striemers in der Betriebsrätezeitschrift. Er fordert eine Teilung der Produktion für den Inlandsbedarf und für die Ausfuhr. Für die erstere fordert er Rationierung der Gewinne, wie sie an Stelle der Aktie die Obligation liefert, während alle höheren Gewinne zugunsten des Reiches in Anspruch zu nehmen sind. Für die Ausfuhr fordert er die Schaffung von Ausfuhrfachverbänden, die planmäßig die Ausfuhr betreiben und regeln, sodaß der Zustand wegfallen soll, daß jede größere Privatfirma im Auslande Vertreter unterhält, die sich schließlich gegenseitig den Rang ablaufen. Außerdem fordert er aber noch Organisationszwang für alle Betriebe und Wirtschaftszweige unter Beteiligung der Arbeitnehmer. Dadurch allein würde die Grundlage geschaffen zu einer brauchbaren Produktionsstatistik und damit auch zu einer planmäßigen Kontrolle der Produktion.

Striemer kommt zu folgender Zusammenfassung seiner Ansichten:

1. Ein Abbau unserer Löhne und Gehälter ist ausschlossen, wir haben im Gegenteil eine Steigerung zu bewirken, um die Lebenshaltung zu bessern, die Arbeitsfreudigkeit zu heben und Ersparungsmöglichkeiten zu schaffen.
2. Jede Erhöhung der Warenpreise ist auszuschließen.
3. Unsere Produktion und der Leistungsfaktor unserer Arbeit sind aufs höchste zu steigern.
4. Unsere Versorgung mit Lebensunterhaltsmitteln und Artikeln des täglichen Bedarfs ist unverzüglich planmäig umzustellen durch eine Vereinheitlichung der Gütererzeugung; scharfe Trennung der Produktion in Inland- und Ausfuhrproduktion.
5. Aus einer Vereinheitlichung, Vereinfachung und Rationalisierung der Gütererzeugung können und müssen als Ersparnisse Milliardenerträgnisse für die Steueraufbringung herausgeholt werden.
6. Die Ausfuhrproduktion ist durch Organisation und Zusammenfassung zu größter Leistungsfähigkeit zu bringen, der Tauschhandel ist beim Einkauf ausländischer Waren durchzuführen.
8. Alle Aktien, Obligationen und Anteilscheine usw. sind in Namenspapiere umzuwandeln

Diese Vorschläge sind noch keineswegs Sozialismus. Aber man halte dagegen das geradezu unsinnige Versteifen der bürgerlichen Parteien auf die Ansicht, der Konsum des Volkes, der Verbraucher müsse auf dem Wege der indirekten Steuern die Hauptsumme der Entschädigung aufbringen. Eine Ansicht die geboren wird aus der Aengstlichkeit mit der man die selbständige Stellung des Kapitalisten im Wirtschaftsprozeß bewahren will, weil ein großer Teil der bürlichen Ideologen meint, darauf allein beruhe der Wiederauftieg unseres Wirtschaftslebens, nicht aber auf die zweckmäßige Zusammenfassung aller Kräfte. Die Vorschläge der beiden genannten Wirtschaftspolitiker zeigen das Streben, ein groß Teil der Lasten, die uns die Alliierten aufgebürdet, aus dem Handelsverkehr mit ihnen zu decken, also sie aus der eigenen Tasche zahlen zu lassen, zu diesem Zwecke den Handelsverkehr zu steigern, die Preise der Handelsartikel zu verbilligen, nicht durch mechanischen Druck auf die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen, sondern durch planmäßige Produktion.

Der Kampf um die republikanische Flagge.

Deutscher Reichstag.

125. Sitzung, Montag, den 27. Juni, 3 Uhr.

Der Nachtrag zum Haushalt des Reichsministeriums für Wiederaufbau wird ohne Aussprache angenommen.

Es folgt der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums.

Abg. Hoch (Soz.) beantragt die gestrichenen 1 Million Mk. zum Zwecke der Schulung der Betriebsratsmitglieder nach dem Wunsche der Gesellschaft für soziale Reform wieder einzusetzen. — Der Antrag wird gegen die Rechte angenommen, ebenso eine Entschließung, in den nächsten Haushalt zum Zweck der Förderung von Heimstätten und baugenossenschaftlichen Verbänden 500 000 Mk. einzusetzen. Der Haushalt wird angenommen.

Nach Annahme des Haushaltes des Reichsverkehrsministeriums folgt die Beratung des schleunigen Antrages aller bürgerlichen Parteien:

Unter Würdigung des einmütigen von der deutschen Reederei, den seemännischen Berufsverbänden, den Vertretungen des Ueberseehandels und der Auslandsdeutschen dem Reichstage vorgetragenen Wunsches, die Regierung zu ersuchen, die Verordnung über die deutschen Flaggen vom 11. April 1921 insoweit, als sie sich auf die Handelsflagge bezieht, bis auf weiteres außer Kraft zu setzen, weil durch eine Aenderung der alten Handelsflagge der Wiederaufbau der deutschen Seeschiffahrt, die Wiederanknüpfung überseeischer Handelsverbindungen und die Gemeinschaft der Auslandsdeutschen mit ihrer alten Heimat gefährdet würden.

Abg. Gildemeister (DVp.) begründet den Antrag. Artikel 3 der Reichsverfassung sieht vor, daß für die Handelsflagge eine schwarz-rot-goldene Gösch im linken Felde der schwarz-weiß-roten Flagge eingefügt werden soll. Die Einfügung dieser Gösch hat keine Berechtigung. Vor allem die Auslandsdeutschen wollen die reine schwarz-weiß-rote Flagge erhalten wissen, unter der Deutschland groß geworden ist. Wir bitten, die große nationale Aufgabe des Wiederaufbaues durch Beibehaltung der alten Flagge zu unterstützen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. David (Soz.): Die Flaggenfrage ist durch die Verfassung klar entschieden. Wenn der Antrag verlangt, daß die Flaggenverordnung bis auf weiteres ausgesetzt wird, so heißt das doch im Sinne der Antragsteller: für alle Zeiten. (Sehr wahr links.) Wenn Sie (nach rechts) schwarz-weiß-rot erst als Auslandsflagge haben, so haben sie eine gute Position erobert für die Beseitigung der republikanischen Inlandsflagge. In Weimar haben wir dem technischen Bedenken wegen der geringeren Sicherheit der schwarz-rot-goldenen Farben auf See Entgegenkommen gezeigt. Diese Verständigung wird jetzt von Ihnen durchbrochen. Die Gesamtheit des deutschen Volkes hat ein lebhaftes Interesse daran, daß die Flagge der Republik aller Welt gezeigt wird. Wenn man sagt, die schwarz-weiß-rote Flagge müsse rein bleiben, ohne eine Gösch darin, so erinnere ich an das Eiserne Kreuz, welches diejenigen Kapitäne in der schwarz-weiß-roten Flagge führen dürfen, die Reserveoffiziere sind. Sollte das geeignet sein, die Stimmung im Auslande für uns zu verbessern? Die Mentalität mancher Auslandsdeutschen fordert allerdings die Kritik heraus. In der Eingabe wird ein Brief eines Herrn aus Montevideo abgedruckt, worin es heißt: die Farben schwarz-rot-gold würden die deutsche Handelsflagge besudeln. In Wirklichkeit wird der deutsche Name nur durch solche schmutzigen Beschimpfungen herabgewürdigt. Ich bedauere sehr, daß die Antragsteller sich auch auf Leute wie Paul Müller berufen können, aber die seemännische Arbeiterbevölkerung hat erst gestern einmütig gegen die Abschaffung der republikanischen Farben protestiert. Die Rechte wünscht, wie mehrfach ausgesprochen wurde, den Vollsentscheid über die Flaggenfrage. Wir werden diesen Kampf kämpfen — er geht dann um die Parole: hier Republik — hier Monarchie! Dann werden wir ja sehen, wo das Volk steht. (Unruhe rechts.) Ich bedauere nur, daß in dieser gespannten Zeit durch solche Vorstöße die Gegensätze verschärft werden. Die Unwissenheit der Auslandsdeutschen über die schwarz-rot-goldenen Farben ist unglaublich. Da heißt es in der Eingabe, die neue Flagge sei von Sozialisten und Juden zusammengebraut. Demnach waren also die Uhland, Arndt, Jahn und viele andere, die begeistert an diesen Farben hingen, keine guten Deutschen. Zu diesen Männern gehörte auch Hoffmann v. Fallersleben, dessen schönes Lied: „Deutschland, Deutschland über alles", dem deutschen Volke jetzt von den Rechten verekelt wird. Die Farben der deutschen Einheit sind auch die Farben der deutschen Republik. Schon vor dem Aufstand am 9. März 1848 wurden sie von der Bundesversammlung offiziell übernommen, als die alten Farben des deutschen Reiches. Der König von Preußen bezeichnete diese Farben als die ehrwürdigen Farben des deutschen Reiches. (Lebhaftes Hört! Hört!) Auch in Oesterreich war die schwarz-rot-goldene Flagge immer das Symbol der deutschen Einheitsbewegung. Glauben Sie (nach rechts) die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210628-15/fragment/page=0001

österreichische Arbeiterschaft würde schwarz-weiß-rot akzeptieren, als Zeichen der Einheitsbewegung. Die schwarz-weiß-rote Fahne ist — das hat besonders der Kapp-Putsch gezeigt — eine ausgesprochene Kampfsahne der Reaktion. Die demokratisch gesinnte Arbeiterschaft wird die Republik mit allen Machtmitteln verteidigen und verhindern, daß der Sieg auf Ihrer (nach rechts) Seite sein wird. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Braun (Soz.) zur Geschäftsordnung: Um einen Präzedenzfall zum Schaden der Verfassung zu verhüten, weise ich darauf hin, daß eine Aenderung der in der Verfassung vorgeschriebenen Handelsflagge durch Annahme des Antrages nicht erreicht werden kann, weil zu einer Verfassungsänderung andere Voraussetzungen als die einfache Annahme eines Antrages notwendig sind.

Reichstagspräsident Löbe: Die Verordnung vom 1. April 1921 ist vermutlich nur eine Ausführungsbestimmung zu der Verfassung. Durch Annahme des Antrages könnte das Inkrafttreten dieser Verordnung vielleicht hinausgeschoben werden. Andererseits besteht der letzte Paragraph der Verfassung, daß sie mit der Verkündigung in Kraft tritt. Vermutlich wird die Frage auch den Staatsgerichtshof beschäftigen. Wir werden aber zunächst mit unseren Beratungen fortfahren.

Abg. Dr. Oberfohren (Dn.): Die Farben schwarz-weiß-rot sind die Farben der besten Zeit des Deutschen Reiches auch für die Arbeiterschaft. (Widerspruch links.) Mit einer Aenderung unserer Flagge würden wir uns im internationalen Verkehr lächerlich machen. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Dr. Breitscheid (USoz.): Die Entscheidung über die Flaggenfrage ist Bestandteil der Verfassung. Die wahren Gründe für Ihren Antrag aussprechen halten Sie (nach rechts) die Zeit nur noch nicht für gekommen. Wenn die Gemeinschaft der Auslandsdeutschen mit dem Vaterlande dadurch gestört werden soll, daß die Handelsflagge durch die schwarz-rot-goldenen Farben „denuriert" wird, so muß es mit der Vaterlandsliebe der Auslandsdeutschen schlecht bestellt sein. Da könnte man ja gleich, mit Rücksicht auf solche Auslandsdeutsche die Wiedereinführung der Monarchie verlangen. Sie glauben, die Republik steht auf schwachen Füßen, wir werden jedem Vorstoß, auch jedem scheinbar so harmlosen, energisch zu begegnen wissen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Barz (Komm.): Wir sollten unsere Zeit doch nicht mit solchen nebensächlichen Sachen totschlagen. Schwarz-rot-gold ist ebenso das Symbol der Reaktion, wie schwarz-weiß-rot.

Abg. Dauch (DVp.): Das Ausland kann diesen Flaggenwechsel nicht verstehen. (Hört! Hört!) Die alte deutsche Flagge war allen Auslandsdeutschen der Inbegriff der wirtschaftlichen Stärke des Reichs.

Abg. Heile (Dem.): Es ist nicht richtig, daß wir Demokraten zusammen mit dem Zentrum und den Sozialdemokraten in Weimar für die schwarz-rot-goldene Flagge gestimmt haben. Wenn wir damals die alte deutsche Flagge beibehalten wissen wollten, so geschah es nur aus handelspolitischen Erwägungen heraus und aus diesen Gründen treten wir auch heute für den Antrag des Abg. Dergt ein. Es ist aber eine Demagogie, wenn man hier behauptet, daß wir Demokraten irgendwelche deutschnationalen Absichten unterstützen.

Abg. Dr. Breitscheid (USoz.): Demagogie ist es, meine Herren Demokraten, wenn Sie doch die schwarz-rot-goldene Flagge für das Symbol der alten deutschen Freiheit halten, diesem Antrag zustimmen. Sie stimmen im Prinzip für die schwarz-rot-goldene Flagge als Demokraten, in der Praxis aber wollen Sie auch nicht mit den Rechtsparteien brechen.

Abg. Koch (Dem.): Schon in der Nationalversammlung hat meine Fraktion mit Ausnahme von sieben Mitgliedern für die Beibehaltung von schwarz-weiß-rot gestimmt. Wir stimmen für die schwarz-weiß-rote Flagge, weil die Flagge, mit der unsere Schiffahrt groß geworden ist, nicht in der Stunde der Not aufgegeben werden darf. (Unruhe links. — Abg. Ledebour (USoz.): Sie werden ja von beiden Seiten ausgelacht.)

Damit schließt die Aussprache.

Abg. Gildemeister (DVp.) erhält das Schlußwort. Unser Antrag bezweckt lediglich die Aenderung des Absatzes über die Handelsflagge, deren Zusammenstellung nicht zweckentsprechend ist. Die schwarz-weiß-rote Flagge stammt vom 25. Okt. 1867, ist also älter als die Reichsgründung.

Es folgen persönliche Bemerkungen. Abg. Heise (Dem.) wirft der Linken Demagogie vor. — Abg. Dr. David (Soz.): Die Handelsflagge ist das Ergebnis eines Kompromisses mit den Demokraten. — Abg. Koch (Dem.) bestreitet das. — Abg. Ledebour (USoz.) weist darauf hin, daß der Antrag eine Verfassungsänderung bedeutet, also eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich sei. (Widerspruch rechts.) — Präsident Löbe: Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird zeigen, welche Mehrheit sich für den Antrag ergibt. Wir haben nicht zu entscheiden, ob es sich um eine Verfassungsänderung handelt. Das liegt anderen Instanzen ob.

Der Antrag wird mit 121 Stimmen gegen 120 Stimmen bei fünf Enthaltungen in namentlicher Abstimmung abgelehnt. (Große Bewegung.)

Gegen den Antrag stimmten die drei sozialistischen Parteien sowie die Demokraten Erkelenz und Schultz. Abg. Stegerwald (Ztr.) enthielt sich der Abstimmung.

Der schleunige Antrag der Sozialdemokraten über die Gleichstellung der Frauen in der Justiz geht an den Rechtsausschuß.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag, 2 Uhr: Anfragen, Gesetz gegen die Kapitalflucht, Nachtragsetats. Schluß 7 Uhr.

Die staatlichen Bergwerke in Preußen.

Dieses Jahr kein Defizit.

Der Hauptausschuß des Landtages trat am Montag in die Vorberatung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung. — Abg. Limbertz (Soz.) erstattete Bericht über die Entwicklung des Haushalts. Die von den staatlichen Bergwerken zu zahlende Kohlensteuer beträgt 301 Millionen Mark gegen 108 Millionen im Vorjahre. Die Einnahmen aus Steinkohlen, Koks und anderen Erzeugnissen sind veranschlagt auf 1,84 Milliarden gegen 580 Millionen im Jahre 1920. Bei den Betrieben wird ein Ueberschuß von 20 Millionen erwartet gegenüber einem Zuschuß von 38,9 Millionen im Vorjahre. Die Zuschüsse zur Verwaltung stellen sich auf 11,4 Millionen, so daß sich ein Reinüberschuß von 8,5 Millionen veranschlagsgemäß ergibt, gegenüber einem Gesamtzuschuß von 49,6 Millionen im Vorjahre. Dem Hauptausschuß liegt auch der Bericht des Ausschusses der Landesversammlung zur Untersuchung der Betriebsverhältnisse der staatlichen Bergwerke im Direktionsbezirk Recklinghausen vor. Die Untersuchung hat ergeben als einstimmige Ueberzeugung, daß die Leistung der Beamten, Angestellten und Arbeiter bei den Staatszechen des Bezirks hinter denen der Privatindustrie nicht zurückstehen. — Oberbergrat Althans teilt mit, daß die Werke am Deister so unlohnend sind, daß ihre Einstellung vielleicht zu erwägen ist. Die Bernsteinwerke in Königsberg erfordern einen Zuschuß von 35 Millionen. Die staatlichen Salzbergwerke weisen nur einen Ueberschuß von 1,5 Millionen auf. Das Bad Oeynhausen hat 1920 einen Zuschuß von über 1 Million erfordert. Vom Zentrum liegt ein Antrag vor, zur Aufklärung der Entstehungsursachen von Bergwerksunglücken für jeden Oberbergamtsbezirk eine ständige paritätische Untersuchungskommission einzusetzen, zu der Parlamentarier und Betriebsratsmitglieder hinzugezogen werden sollen. — Abg. Husemann (Soz.) bringt Klagen der Bergarbeiter vor gegen die Beamten. Arbeiterhäuser werden auf 175 000 Mk., Beamtenhäuser auf 350 000 Mark veranschlagt. — Oberberghauptmann Althans teilt mit, daß die Gewinnanteile der Bergwerksdirektoren seit dem Frieden nicht erhöht wurden. Die Ausgaben der Arbeiterwohnungen stellten sich auf 100 000 Mk., für Beamtenwohnungen auf 150 000 Mk.

Die Räumung beginnt.

Ratibor, 25. Juni. Im südöstlichen Bezirke rücken die Insurgenten ab; seit gestern nachmittag wird der Abbau der Insurgentenfront und die Aufhebung der einzelnen Ortsquartiere durchgeführt. Der Bahnverkehr von hier nach Kandrzin wird bis nach Birawa durchgeführt. Die Verbindung nach Katiowitz wird durch einen Zug des Tages bis Markowitz verkehrenden Lokalzug aufrechterhalten; ab Markowitz setzt ein fahrplanmäßiger Personenverkehr nach dem Industriegebiet ein.

35 Millionen Schaden.

Rybnik, 25. Juni. Die gestrigen Aufräumungsarbeiten führten zur Freimachung mehrerer Geleise des Rangierbahnhofes für den Güterverkehr. Der Schaden wird auf ca. 35 Millionen Mark geschätzt. Der an der katholischen Kirche angerichtete Schaden soll ¾ Millionen betragen. Von glaubwürdiger Seite verlautet, der Kreiskontrolleur sei gegen die Repressalien der Polen gegen die Kaufmannschaft eingeschritten und habe die polnischen Verfügungen für ungültig erklärt; daraufhin wurden die Verhafteten auf freien Fuß gesetzt; auch die verhafteten Eisenbahner wurden freigelassen. Seit dem Einschreiten des Kreiskontrolleurs sind die Insurgenten abgerückt und durch Franzosen ersetzt.

Parteistreit unter den russischen Kommunisten.

London, 27. Juni. (WTB.) „Morning Post" meldet aus Reval, daß in Rußland ein großes Komplott gegen die Sowjetregierung entdeckt wurde, das den Zweck verfolgte, eine neue Koalitionsregierung zwischen Lenin und den gemäßigten Kommunisten auf der einen Seite und den Bürgerlichen und sozialistisch-antibolschewistischen Gruppen auf der anderen Seite zustande bringen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Wie das Blatt weiter aus Reval meldet, hat die Sitzung des dritten Kongresses der kommunistischen Internationale bewiesen, daß die Spaltung in der russischen kommunistischen Partei endgültig ist. Es kam zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Anhängern Lenins und den Extremisten. Obwohl Lenin die kräftigste Unterstützung seitens der Delegierten der deutschen Kommunisten erhielt, hätten die Extremisten den Sieg davongetragen, da ihr Kandidat Bucharin an Stelle des zurückgetretenen Sinowjew zum Präsidenten der Internationale ernannt wurde.

Starker Kabinettsverbrauch in der ganzen Welt.

Giolittis Demission.

Rom, 27. Juni. (WTB.) In der Kammer brachten nach Abschluß der Debatte über die Antwort auf die Thronrede Turati (gem. Soz.) und Genossen folgende Tagesordnung ein:

Die Kammer erklärt sich entschieden als Gegner des Programms und der Haltung der Regierung sowohl in der Außenpolitik wie in der Innenpolitik, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik und geht damit zur Tagesordnung über. Giolitti lehnte diese Tagesordnung ab. Ihr erster Teil bis einschließlich der Worte „in der Außenpolitik" wurde mit 234 gegen 200 Stimmen bei sechs Stimmenthaltungen abgelehnt, der zweite Teil wurde mit großer Mehrheit durch Handaufheben abgelehnt.

Rom, 28. (WTB.) In der gestrigen Nachmittagssitzung der Kammer teilte Giolitti mit, daß er infolge der gestrigen Abstimmung und der kleinen dabei erzielten Mehrheit, deren politischer Wert durch die während der Debatte gemachten Vorbehalte noch vermindert werde, der Ansicht sei, daß diese Abstimmung der Regierung die zur Lösung der gegenwärtigen ernsten Fragen notwendige Stärke nicht gebe. Das Ministerium habe deshalb dem König das Rücktrittsgesuch überreicht, der sich die Entscheidung vorbehalten habe. Die Regierung werde zur Erledigung der laufenden Geschäfte auf ihrem Posten bleiben.

Der englisch-japanische Vertrag.

In diesen Tagen wird der Militärvertrag zwischen England und Japan erneuert werden. Es wird nun geflissentlich sowohl von Japan wie von England darauf hingewiesen, daß für den Fall eines Konfliktes mit Amerika sowohl England als auch Japan Vorbehalte in diesen Vertrag niedergelegt hätten. Das ist offenbar unrichtig. Wenn das englisch-japanische Militärabkommen überhaupt Sinn hat, so nur, wenn es gegen Amerika gerichtet ist. Vor dem Weltkriege konnte der Glaube eines gegenseitigen Schutzes gegen Rußland verbreitet werden. Rußland kommt jetzt als militärischer Faktor im fernen Osten nicht mehr in Frage. Ein militärisches Bündnis zwischen England und Japan hat nur Zweck im Falle eines Krieges mit Amerika. Wenn es also seine Spitze nicht gegen Amerika haben soll, dann wäre es ganz überflüssig. Dieses Bündnis kann sich nur die Sicherung des Stillen Ozeans zur Aufgabe machen und die Herrschaft darüber kann neben England und Japan nur von Amerika angestrebt werden. Wenn man also das Abkommen erneuert, so spricht man damit die Notwendigkeit eines militärischen Bündnisses zwischen England und Japan gegen Amerika aus. Daran ändern die schönsten Worte und die lautesten Ableugnungen nichts.

Verbotene Zeitungen in Japan. Nachrichten aus Tokio zufolge hat die japanische Regierung das Erscheinen eines amerikanischen Blattes und mehrerer anderer ausländischer Zeitungen in Tokio verboten, weil sie Nachrichten über die Erneuerung des anglo-japanischen Bündnisses veröffentlicht hatten.

„König Kohle."

Roman von Upton Sinclair.

(72. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Gut", sagte Hal „verhaltet euch einen Augenblick ruhig."

Er wandte sich zum Oberaufseher: „Cartwright, wir wollen, daß ein Komitee mit unseren Leuten im Spital bleibt." Dann, da der Oberaufseher Einspruch erheben wollte: „Seien Sie kein Narr „Mensch! Begreifen Sie denn nicht, daß ich versuche, Ihr Leben zu retten?"

Der Oberaufseher wußte genau, wie schädlich es für die Disziplin sei, wenn er nachgäbe — doch erkannte er auch die drohende Gefahr, wußte nicht, wieweit er sich auf den Mut und die Treffsicherheit der Buchhalter verlassen konnte.

„Rasch, Mensch!" drängte Hal. „Lange vermag ich die Leute nicht mehr zurückzuhalten. Wenn Sie nicht wollen, daß die Hölle losbricht, so kommen Sie zum Verstand."

„Gut," sagte Kartwright, seine gekränkte Würde hinabwürgend, und Hal wandte sich zu den Leuten und verkündete die Einwilligung des Oberaufsehers. Ein Triumphgeschrei erhob sich.

„Wer soll gehen?" fragte Hal, sobald sich der Lärm ein wenig gelegt hatte; er blickte auf die emporgehobenen Gesichter. Tim und Wauchobe waren die geeignetsten, doch wollte er sie lieber nicht aus den Augen lassen. Er dachte an Jerry Minetti und Frau David, erinnerte sich aber rechtzeitig seines Uebereinkommens mit dem großen Jack: ihre eigene kleine Gruppe im Hintergrund zu halten. Dann dachte er an Mary Burke, diese konnte sich nicht mehr schaden, als sie es bereits getan, besaß außerdem das Vertrauen der Menge. Er rief sie und eine Amerikanerin, Frau Ferris. Beide stiegen die Stufen hinan und Hal wandte sich an Cartwright.

„Jetzt wollen wir eine Vereinbarung treffen. Diese Frauen werden bei den Kranken bleiben, mit ihnen sprechen und von niemandem, außer den Aerzten und Pflegerinnen, Befehle entgegennehmen. Stimmt das?"

„Es stimmt", entgegnete mürrisch der Oberaufseher.

„Gut", sagte Hal. „Und nun zeigen Sie um Gotteswillen ein wenig Verstand und brechen Sie Ihr Wort nicht. Diese Leute können nichts mehr ertragen, wenn Sie sie reizen, mögen die Folgen über Sie kommen. Bekümmern Sie sich darum, daß die Schankräume geschlossen bleiben, bis die Unruhen vorbei sind. Und lassen Sie Ihre Leute zu Hause, sie sollen nicht ostentativ mit ihren Gewehren herumspazieren und Gebärden schneiden."

Ohne die Antwort des Oberaufsehers abzuwarten, drehte sich Hal der Menge zu und erhob Ruhe heischend, die Hand.

„Leute, eine große Aufgabe steht vor uns: wir wollen eine Gewerkschaft organisieren. Und dies geht hier, vor dem Spital, nicht; wir haben ohnehin schon zu viel gelärmt. Laßt uns ruhig auseinandergehen, unsere Versammlung hinter der Kraftstation abhalten. Ist's euch so recht?"

Sie stimmten zu, Hal beobachtete noch, wie die zwei Frauen das Spital betraten, dann sprang er die Stufen hinab und führte die Menge an. Jerry Minetti, der vor Freude bebte, trat an ihn heran. Hal packte ihn beim Arm, flüsterte aufgeregt: „Sing', Jerry, sing ihnen ein Dago-Lied!"

Sie erreichten den festgesetzten Ort ohne Störung. Inzwischen hatte Hal einen Plan ausgearbeitet, wie er mit dieser polyglotten Horde in Verbindung treten könnte. Er wußte, daß die eine Hälfte der Leute gar kein, die zweite nur äußerst wenig Englisch verstehe. Wollte er sich ihnen allein verständlich machen, so mußten sie in Nationalitätengruppen eingeteilt und für jede mußte ein verläßlicher Dolmetscher gefunden werden.

Dies erforderte geraume Zeit, rief viel lautes Schreien und gutmütiges Stoßen hervor — hierher Polen — hierher Böhmen — hierher Italiener — Griechen. Als endlich die Gruppen gebildet waren und man für jede einen Dolmetscher gewählt hatte, begann Hal seine Rede. Doch noch ehe er einige Sätze gesprochen, entstand eine ungeheure Verwirrung. Alle Dolmetscher fingen zur gleichen Zeit an mit dem Uebersetzen, schrien aus Leibeskräften, es war, als ob bei einem Festzug alle Musikkapellen zu gleicher Zeit spielten. Hal verstummte vor Erstaunen, dann brach er in ein Lachen aus, die verschiedenen Gruppen folgten seinem Beispiel, die Redner stockten, hielten inne, lachten schließlich auch. Eine Heiterkeitswoge nach der anderen brandete durch die Masse. Mit einem Male veränderte sich die Stimmung der Menge, verwandelte sich aus Wut und Entschlossenheit in volle Lustigkeit. Und Hal erhielt seine erste Lektion in der Führung dieser Horden tierischer Menschen, deren Stimmungen veränderlich sind, deren Gefühle auf einer scharfen Spitze balancierten.

Er mußte erst seine Rede beenden, dann die einzelnen Gruppen voneinander entfernen, damit sie derart ihren Dolmetschern lauschen konnten. Nun aber zeigte sich eine neue Schwierigkeit. Wie konnte er diese stetende Beredsamkeit dämmen, wie sich vergewissern, daß seine Worte richtig wiedergegeben werden? Olson hatte Hal vor Gesellschaftsdetektiven, die sich als Arbeiter ausgaben, gewarnt; diese Leute versuchten das Vertrauen der anderen zu gewinnen, um sie zu Gewalttaten aufzustacheln. Und einige dieser Dolmetscher sahen gar wild aus, und Hal erkannte in ihrer Uebersetzung seine eigenen Sätze nicht wieder.

Zum Beispiel war da der griechische Redner, ein wilder Mann, mit wilden Augen und Haaren, der seine ganze Leidenschaft in Wortsetzen zerrissen in die Menge schleuderte. Er stand auf einem Faß, von zwei Grubenlampen beschienen, etwa zwei Dutzend seiner Landsleute umdrängten ihn. Er fuchtelte mit den Armen, hob drohende Fäuste, schrie, brüllte. Als Hal, den der Anblick beunruhigte, sich bei einem anderen englischsprechenden Griechen nach dem Inhalt der Rede erkundigte, erfuhr er, der Mann stelle bloß die friedliche Forderung auf, daß im Nord-Tal gesetzmäßig vorgegangen werde.

Hal beobachtete den übereifrigen, kleinen Mann, der eine Studie in Gebärden darbot. Er zog die Schultern zurück, warf die Brust vor, fiel fast vom Faß und sagte derweil, daß die Bergleute wie Menschen leben werden. Er kauerte sich nieder, senkte wimmernd den Kopf, erzählte dabei, was geschehen würde, falls sie nachgäben. Er krallte die Finger in sein dichtes schwarzes Haar und zog gewaltig, zog und zog, zeigte schließlich seine leeren Hände; dann zog er wieder, zog so stark, daß man beim bloßen Zuschauen hätte aufschreien mögen. Hal fragte, was dies bedeute und erhielt die Antwort: „Er sagt, haltet zur Gewerkschaft! Wenn ich an einem Haar reiße, kommt es heraus, wenn ich an allen reiße, kommt kein einziges!" Hal gedachte Aesons Zeiten und seiner Fabeln.

Tom Olson hatte Hal einiges über die Technik mitgeteilt, deren es bedarf, um diese unwissenden Horden zu drillen. Man mußte sich wiederholen, wiederholen, bis auch der stumpfsinnigste Zuhörer den Sinn der Worte erfaßt hatte, bis der alleinseligmachende Gedanke der Solidarität in sein Hirn eingedrungen war. Als die Dolmetscher ihre Reden geendet, wiederholte Hal seine Rede nochmals, sorgsam bemüht, einfache, einsilbige Worte anzuwenden und das in den Kohlengruben gebräuchliche verstümmelte Englisch zu sprechen. Bisweilen verstärkte er den Eindruck durch einige griechische, italienische und slawische Worte, die er im Nord-Tal gelernt hatte. Manchmal begeisterten seine Worte die Dolmetscher derart, daß sie sie übersetzten und ihren Landsleuten zuriefen: dann wartete Hal, bis wiederum Schweigen eintrat. Die Gefahr, die Leute zu langweilen, lag nicht vor, sie waren alle geduldige, leidensgewohnte Menschen, standen der Sache todernst gegenüber.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210628-15/fragment/page=0002

Meinungsverschiedenheit über Aufhebung der Sanktionen.

London, 27. Juni. (WTB.) Wie der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraph meldet, wird im Obersten Rat sicher ein scharfer Meinungsstreit in der Frage der im Rheinland angewandten Zwangsmaßnahmen erhoben. Die britische und die französische Regierung seien beide bedacht auf die weitere Stärkung der Stellung des Kabinetts. Beide Regierungen seien aber verschiedener Meinung mit Bezug auf die Mitteilung, die britische Regierung dringe auf Aufhebung der Sanktionen, Briand aber wolle davon nichts wissen. Die italienische Regierung neigt in dieser Frage dem britischen Standpunkt zu, während sie in den oberschlesischen Fragen mehr der französischen Ansicht zuneigt. Dem Berichterstatter des Daily Telegraph zufolge wünscht Italien die finanzielle Reparationsfrage von einer maßgebenden Konferenz aller Finanzminister behandelt zu sehen und nicht durch eine rein beratende Körperschaft von Sachverständigen.

Ein Freispruch.

In den Kapp-Tagen wurde in Harburg der ehemalige Fliegerhauptmann Berthold in Kämpfen mit der dortigen Einwohnerwehr getötet, als er gegen ausdrückliche Befehle mit der von ihm gegründeten „Eisernen Schar" sich in Bewegung gesetzt hatte, um zu der meuternden Marinebrigade Ehrhardt zu stoßen. In Bertholds Besitz wurde dann eine Aktenmappe gefunden, aus deren (in der „Volksstimme" zuerst veröffentlicht) Inhalt zweifellos hervorging, daß Berthold schon monatelang mit bayerischen Offizieren im Komplott gegen die Reichsregierung und Reichsverfassung gestanden hatte und das Haupt einer weitverzweigten Militärverschwörung war.

Ein früherer Prozeß wegen der Tötung Bertholds hat mit dem Freispruch der Angeklagten geendet, da das Gericht als erwiesen ansah, daß Berthold als Rebell auf seiten Kapps gekämpft hat. Jetzt hat ein zweiter Mordprozeß in Stade wegen derselben Sache gleichfalls zum Freispruch der Angeklagten Bartmann und Korelle geführt. Der Staatsanwalt selbst hatte Freisprechung beantragt, da Berthold den Weisungen des rebellierenden Kommandos Lüttwitz gefolgt war.

Während der Prozeßtage hat sich die reaktionäre Presse bemüht, Berthold zu einem nationalen Märtyrer zu stempeln. Wir möchten demgegenüber betonen, daß Berthold sicher ein physisch tapferer Mann, aber ein durchaus schwankender und phantastischer Charakter war. In den Wochen nach der Revolution hat er mehrfach auf der Redaktion des „Vorwärts" vorgesprochen, sich als Anhänger der sozialistischen Idee ausgegeben und unter seinem Namen mehrere Artikel für die Sozialisierung des Flugwesens im „Vorwärts" veröffentlicht, die von den stärksten Ausfällen gegen den Privatkapitalismus wimmelten. Derselbe Mann konspirierte einige Monate darauf gegen die Republik!

Ablenkungsmanöver.

Die nationalistische Presse, allen voran das Organ der agrarischen Scharfmacher, die „Deutsche Tageszeitung", brachte in den letzten Tagen in großer Aufmachung Sensationsmeldungen über den Aufenthalt des Vorstandsmitgliedes der dritten russischen Internationale, Radek, in Deutschland. Von offizieller Seite wurde diese Meldung bereits dementiert, indem auf verschiedene Irrtümer und Unmöglichkeiten in dem fraglichen Bericht hingewiesen und betont wurde, daß von einem Aufenthalt Radeks in Deutschland nichts bekannt sei. In diesen Sensationsmeldungen der nationalistischen Presse, die von Zeit zu Zeit auftauchen, und die einmal über kommunistische Verschwörungen, das andere Mal über die Bildung einer Roten Armee usw. zu berichten wissen, liegt System. Die Oeffentlichkeit soll ab und zu in eine Stimmung der Nervosität gebracht werden, die sie gegen das verfassungsfeindliche Treiben der Rechtsbolschewisten, gegen die Provokationen der Orgesch, gegen die Klassenjustiz Arbeitern gegenüber blind macht und die rechte Stimmung schafft, aus der heraus neue Gewaltmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft geschaffen werden sollen. Die deutsche Arbeiterklasse, die seit der November-Revolution 1918 unaufhörlich von dem Bürgertum provoziert worden ist und der man eine große Zahl ihrer besten Führer ermordet hat, hat für dieses unwahrhaftige Treiben der reaktionären Preßmeute nur ein Lächeln der Verachtung übrig.

Die Pension des früheren Reichskanzlers.

Berlin, 27. Juni. (TU.) Zu der Meldung, daß dem ehemaligen Reichskanzler Fehrenbach ein lebenslängliches Ruhegehalt von jährlich 45 000 Mark zugesprochen sei, wobei ihm die Jahre seiner Praxis als Rechtsanwalt angerechnet wurden, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß nach dem Reichsbeamtengesetz bei Festsetzung des pensionsfähigen Dienstalters die Zeit der Beschäftigung bei den Staats- und Kommunalbehörden und zwar auch als Rechtsanwalt, angerechnet werden kann. Eine solche Verfügung unterliegt jedoch der Zustimmung des Reichsrates. Bei dem früheren Reichskanzler Fehrenbach hat der Reichsrat die Anrechnung der Hälfte dieser Zeit zugebilligt. Bezüglich des im gleichen Zusammenhang genannten ehemaligen Reichsschatzministers von Raumer ist eine Entscheidung über die Festsetzung der Pension noch nicht getroffen worden.

Die Bekämpfung der Tuberkulose aus Staatsmitteln.

Nachdem die in den preußischen Staatshaushaltsplan eingestellten Mittel zu Beihilfen zur Bekämpfung der Tuberkulose verstärkt worden sind, erweitert der preußische Volkswohlfahrtsminister die früher bekannt gegebenen Grundsätze zur Verwendung dieser Staatsmittel dahingehend, daß neben den bisher ausschließlich zulässigen Beihilfen zur Aufklärung der Bevölkerung und zur Propaganda auf dem Gebiete der Tuberkulosebekämpfung sowie zur Unterhaltung von Fürsorgestellen (Annahme von Fürsorgeschwestern) fernerhin staatliche Beihilfen auch gewährt werden können:

An leistungsschwache Gemeinden und Kreise sowie private Wohlfahrtsorganisationen.

a) Zur Unterhaltung von Einrichtungen und Anstalten, die der Heilung der Tuberkulosekranken oder der Bewahrung tuberkulosebedrohter Personen dienen, sofern es sich nur um die Beseitigung vorübergehender finanzieller Schwierigkeiten bei der betreffenden Einrichtung oder Anstalt handelt.

b) Zur ersten Anlage der unter a) bezeichneten Einrichtungen und Anstalten unter der Voraussetzung, daß im übrigen die Aufbringung der zur Durchführung des Unternehmens erforderlichen Mittel gesichert ist.

Voraussetzung für die Bewilligung derartiger Beihilfen ist in der Regel, daß sich auch die Krankenkassen, Versicherungsanstalten usw. in angemessener Weise an der Kostendeckung beteiligen. Ebenso wird bei den von privater Seite unternommenen Veranstaltungen für die Gewährung einer Staatsbeihilfe die gebührende Teilnahme der Gemeinde und des Kreises an der Aufbringung der Kosten Voraussetzung sein.

Im übrigen können staatliche Beihilfen ausnahmsweise auch für solche theoretischen, wissenschaftlichen Arbeiten gewährt werden, die auf die Verhütung und Heilung der Tuberkulose unmittelbar abzielen.

Eine wichtige Entscheidung für öffentliche Angestellte.

Nach den auf Grund der Reichsbesoldungsordnung aufgestellten Tarifverträgen für die Angestellten des Reichs und der Bundesstaaten wird für Ueberstunden keine besondere Entschädigung gewährt. — Nun hat in einem Streitfall, der der grundsätzlichen Bedeutung der Frage wegen an das Zentral-Schiedsgericht nach Berlin verwiesen wurde, dieses entschieden, daß diese Tarifbestimmung keine unbegrenzte Gültigkeit haben kann. Es hat sich in seinem Schiedsspruch auf den Standpunkt gestellt, daß im Hinblick auf die besondere Art der öffentlichen Dienstleistung nicht mit dem Maßstabe des freien Arbeitsvertrages gerechnet werden kann, daß aber Ueberstunden, die innerhalb 14 Tagen über die Zahl von zwanzig hinausgehen, mit dem üblichen, zu errechnenden Stundenlohn zuzüglich 25 Prozent Aufschlag bezahlt werden müssen.

Bebel der „Imperialist".

Marschieren die Sozialdemokraten im Kriegsfalle?

Berliner Blätter bringen Auszüge aus dem jetzt bei Paul List in Leipzig erschienenen dritten Band der Lebenserinnerungen des Botschafterrats Freiherrn von Eckardstein. Es wird da auch eine Aeußerung August Bebels zitiert, die Bebel in einem Gespräch mit dem Botschaftsrat über die türkische Frage getan hat. Es ist nun interessant, daß Eckardstein dieses Gespräch bereits im ersten Bande seiner Erinnerungen erwähnt hat. Dort wird erzählt, Eckardstein habe im Jahre 1895 Bebel davon in Kenntnis gesetzt, daß Lord Salisbury am 8. August 1895 dem Kaiser Wilhelm II. in einer persönlichen Unterredung die Aufteilung der europäischen und asiatischen Türkei zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und England angeboten habe. Wilhelm II. habe das abgelehnt. Bei dieser Eröffnung habe Bebel die Hände über den Kopf zusammengeschlagen und in sehr erregter Rede bemerkt:

„Wem. ich das wirklich so verhält, was Sie mir soeben erzählen, dann verdienten Wilhelm und seine Ratgeber vom deutschnationalen wie auch vom sozialen Standpunkte aus aufgehängt zu werden! Eine solche Gelegenheit vorübergehen zu lassen, ist das größte Verbrechen in der Weltgeschichte. Eine Annahme der Salisburyschen Vorschläge und eine kluge, sachgemäße Durchführung dieses Gedankens hätte die ganze soziale Frage bei uns in Deutschland um mindestens zwei Drittel gelöst. Worauf beruhen denn in erster Linie die sozialen Mißstände im Deutschen Reich? Doch lediglich in dem Umstande, daß die Bodenfläche Deutschlands höchstens 40 Millionen Einwohner menschenwürdig ernähren kann, während die Bevölkerungszahl heute mehr als 65 Millionen Köpfe beträgt." (Band I, Seite 213 und 214.)

Die „Freiheit" vom 24. Juni gräbt aus diesem Werke des Freiherrn eine andere Aeußerung aus, die anläßlich der Marokkokrise von Bebel gemacht worden sei. Eckardstein schreibt:

„Nachdem Bebel sich dann noch, wie ich im ersten Bande meiner Memoiren bereits erwähnt habe, in scharfen Ausdrücken gegen den Kaiser und seine Ratgeber wegen Nichtannahme des Salisburyschen Vorschlages ausgelassen hatte, kam er noch einmal auf die Marokkokrise zu sprechen und sagte: „Ich hoffe, Sie haben Gelegenheit gefunden, den Herren in der Wilhelmstraße klarzumachen, daß wir Sozialisten im Kriegsfalle nicht zu marschieren gedenken."

Dazu bemerkt die „Freiheit" und die hallische unabhängige „Volkszeitung" übernimmt diese Notiz:

Diese Aeußerung ist deshalb von Wichtigkeit, weil Bebel den damals bei der Sozialdemokratie ganz allgemein gültigen Standpunkt vertrat, daß die Sozialdemokraten im Kriegsfalle nicht marschieren werden, während die Rechtssozialisten bekanntlich immer mit der Behauptung krebsen gingen, daß Bebel bei dem noch weit frivoler von Deutschland provozierten Weltkrieg sich sicher auf ihre Seite gestellt und mit ihnen „Hurra für Hindenburg und Ludendorff" gerufen hätte.

Zu diesen beiden erwähnten Aeußerungen Bebels wird nun von einem alten sozialdemokratischen Parlamentarier der Berliner Nachrichten-Zentrale geschrieben:

Wie bereits im ersten Bande seiner Erinnerungen, so hat der ehemalige Botschaftsrat von Eckardstein auch in dem jetzt herausgekommenen dritten Bande eine Aeußerung Bebels wiedergegeben, nach welcher Bebel von dem von Lord Salisbury im Jahre 1895 aufgeworfenen Gedanken einer Teilung der Türkei zwischen Deutschland, Oesterreich und England begeistert gewesen sei und gesagt habe, daß auf diese Weise „die soziale Frage zu Zweidritteln hätte gelöst werden" können.

Dazu ist einiges zu sagen. Trotzdem Bebel immer mehr in der inneren, als in der auswärtigen Politik aufging, stand seine angebliche Aeußerung, die einigen von uns damaligen Fraktionsmitgliedern ebenfalls zugetragen worden war, in einem auffallenden Widerspruch zu seinen Ansichten über die gesamte auswärtige Politik. Als

Kleines Feuilleton.

Reisezeit.

Mittagsstunde. Jeder Baum
Starrt ein grüner Blättersächer.
Goldig träumt der Sonnentraum
Um die Giebel, um die Dächer.

Unbewegt steht still die Luft:
Fernen winken nah' zum Greifen . . .
Ueber Aedern quirlt ein Duft
Mehlig-süß vom Körnerreifen.

Und den schmalen Weg feldein
Zieht ein Mädel. In der Rechten
Einen Rechen. Sonnenschein
In den weizenblonden Flechten.

Und im gelben Halmgeblink
Wippen Rock und Hüftenrunde.
Torkelnd tanzt ein Schmetterling . . .
Sonnentraum und Mittagsstunde . . .

Ludwig Lessen.

Meine Ferien.

Ich bin während meiner Ferientage nicht hinausgegangen auf's Land. Mein Geldbeutel verbot mir jede Unüberlegtheit. Nun genieße ich meine Freiheit hier am Rande der Großstadt, wo der Lärm nur gedämpft seine laute Trommel schlägt und hier und da ein grasiger Wegrain an die freie Natur erinnert. Und ich bin ganz zufrieden damit. Denn schöner können die Rosen auch draußen nicht blühen, als hier in den Vorgärten der kleinen Landhäuser, die sich glücklicherweise noch dann und wann zwischen die hohen Mietskasernen der Vorstadt schieben. Auch ein paar Hühner laufen gelegentlich über den Weg. Ein Ziegenmeckern hallt. Und die barfüßig umhertollenden Kinder können auf dem Lande auch kaum vergnügter sein, als sie es hier am Rande der Großstadt sind.

Ich schlendere viel die alten, mir so vertrauten Wege entlang, die hinausführen in die Wiesen und in die Kartoffeläcker. Allzuweit brauche ich garnicht einmal zu gehen, bis ich ganz im Freien bin. Nur rückwärts darf ich nicht schauen. Denn dann glotzt mich die Stadt mit ihrem riesigen Haufsteinwürfeln, mit ihren Türmen und Schloten an. Auch einen Wald darf ich nicht suchen. Mit einem dürftigen Kieferngebüsch muß ich schon zufrieden sein. Aber ich bin anspruchslos. Meine Freunde behaupten das wenigstens. Und diese Anspruchslosigkeit kommt mir für die erzwungenen Heimferien sehr zu statten. Und wenn dann noch ein paar Kinder um mich tollen — so richtige Großstadtrangen, Blondköpfe, mit großen, blanken Blauaugen — dann bin ich froh und lache aller Not der Zeit ins finstere Angesicht.

Und außerdem: ist es nicht Sommer? Leuchtet und reift nicht die Sonne? Singen nicht die Vögel? Hauchen nicht ungezählte Blumen süßesten Duft? Nötet sich nicht die Frucht in den Gärten?

Herrgott, wenn man dazu noch ein ruhiges, unbeschwertes Herz hat, einen nicht allzu grüblerischen Geist und dann und wann ein gutes Buch — muß man dann nicht seine Freude selbst an Ferien haben, die man daheim verleben muß?

Freie Volksbühne.

Gas.

Von Georg Kaiser.

Die wilden unausgeglichenen Gegensätze, Technik, Kampf und Not treiben zur Explosion. Sie tritt ein und hinterläßt ein Trümmerfeld. Der Milliardärssohn, der Idealist, will Heimstätten auf dem Ort des Unglücks aufbauen, es will die Arbeiter zu „Siedlern . . . Menschen machen". Der Wald des Kapitals, die schwarzen Herren, stürmen gegen ihn an. Denn die Welt braucht Gas, Gas, um ihren Mechanismus, ihre Maschinen vorwärts zu treiben. Der Ingenieur fordert den Neubau des explodierten Werkes. Die Arbeiter schließen sich ihm an. Sie wollen in die Halle hineingehen. „Von Explosion zu Explosion . . . Gas!" Und einsam steht der Milliardärssohn, der die Arbeiter in das Neuland führen wollte. Er wartet auf ein künftiges Geschlecht, auf die Mütter, die den Menschen gebären werden.

Der hohe Ideengehalt und die hinreißende Kraft des expressionistischen Ausdrucksmittels haben Georg Kaiser in „Gas" ein Werk schaffen lassen, das so tief an die Nerven des sozialen Lebens rührt und so lebenswahr ist, daß das Schauspiel einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen muß. Das Ringen zwischen Idealismus und der Ausbeutung aller materiellen Kräfte, wie es in dem Kampf zwischen dem Milliardärssohn und Ingenieur materialisiert ist, ist ja so alltäglich, daß wir diesen Kampf vor der Bühne miterleben. — — Noch ist der Ausklang negierend. Die Arbeiter haben sich dem Ingenieur angeschlossen. Aber ganz in der Zukunft winkt ein neues Reich des Menschentums.

Die Aufführung ließ erfreulich wenig zu wünschen übrig. Die bei expressionistischen Dramen so schwere Dekorationsfrage war richtungsgerecht gelöst. Die Spielleitung von Dr. Edgar Groß war vorzüglich. Josef Krahé gestaltete einen warmfühlenden und warmblütigen Milliardärssohn. Hermann Wedding erhob sich als Ingenieur namentlich in dem vierten Akte zu überragender Größe, die allerdings den Dämon in sich birgt. Erstaunlich gut gelang die expressionistische Gebärden- und Ausdruckskraft dem Schreiber, den Fritz Hensel trefflich verkörperte. Nicht zu vergessen Willi Schur, der das weiße Entsetzen mit vollen Farben malte. Die Aufführung dürfte ihren Zweck erfüllt haben. Sie hat die expressionistische Bühnenkunst dem hallischen Publikum in ihrem ersten Vertreter näher gebracht.

H—r.

Die „Gänseleberpastete" im Walhalla-Theater.

In kurzer Zeit folgt diese Operette als dritte der zwei anderen von Gustav Bertram. Man lacht auch hier, wenn man die zarten Unterleibsverrenkungen des Herrn Gustav Bertram und des Herrn Gustav Kessenich sehen muß; aber . . . nun ich glaube beinahe selbst, damit hat das Stück seinen Zweck schlecht und recht erfüllt. Oder ist vielleicht doch irgend jemanden die Gänseleberpastete — sie war wohl ohne Trüffeln — auf dem Magen liegen geblieben? Ich glaube es nicht — sie war unverdaulich, denn es gab nichts zu verdauen. Ja, etwas Staub haben die Beinchen Marga Peters doch aufgewirbelt; sie sind wirklich schön, diese Beinchen — auch ohne Fußarmband — und man sieht sie gerne, beinahe hätte ich gesagt, in naiv graziösem Tanzschritt über die Bühne schweben. Das zahlreiche Publikum quittiert dies mit langem Beifall und oft mußten einzelne Tanzeinlagen dreimal wiederholt werden. Oder war dies der musikalischen Schlager wegen: Ich glaube es nicht, ich wenigstens fand sie nur im Programm recht säuberlich der Reihe nach aufgezählt.

H. B.

Stadttheater. Heute Dienstag, abens 7½ Uhr geht „Rain", ein mythisches Gedicht von Anton Wildgans in Szene. Mittwoch — Anfang 7 Uhr — gelangt als Festvorstellung zu Ehren der in Halle tagenden technischen Bühnenvorstände der deutschen Theater „Ariadne auf Naxos" von Richard Strauß zur Aufführung. Zu dieser Vorstellung haben die Donnerstag-Stammkarten Gültigkeit. Donnerstag „Der Rosenkavalier" (Mittwoch-Stammkarten). Freitag „Prinz Friedrich von Homburg". Sonnabend „Salome". Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Alt-Heidelberg". Sonntag abend zum Besten der aus Oberschlesien vertriebenen Bühnenmitgliedr „Der Vogelhändler", Operette von Zeller.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210628-15/fragment/page=0003

in von der Unterredung und von der angeblichen Auslassung Bebels Kenntnis bekommen hatte, sagte ich ihn — ich stand sehr gut mit ihm — bei unserem nächsten Zusammentreffen unter vier Augen an, indem ich an ihn die scherzhafte Frage richtete, ob er in der Angelegenheit nicht interpelliert und seine Aeußerungen Herrn von Eckardstein gegenüber nicht im Plenum wiederholen wolle. Bebel war sonst einem Scherze nicht abgeneigt. In diesem Augenblicke aber sah er mich scharf an und in seinem Auge erloschen jenes helle Leuchten, das bei ihm Sturm kündete. Er fuhr mich ziemlich barsch an: „Unsinn! Was aus ein paar verbindlichen oder unverbindlichen Worten gleich alles gemacht wird! Glaubt denn du auch gleich jede Rederei?" Wie ich später hörte, hat er anderen Fraktionsgenossen, die ihm in der gleichen Sache „interpellierten", ähnliches gesagt. Wir haben uns dann gehütet, auf die Angelegenheit zurückzukommen. Bebel konnte bei solchen Gelegenheiten sehr „aus sich herausgehen".

Mit noch mehr Skeptizismus, als man hiernach die angebliche Aeußerung über die Türkei aufzunehmen hat, wird man die im jetzigen dritten Bande der Eckardsteinschen Erinnerungen wiedergegebene Aeußerung Bebels aufnehmen müssen, nach welcher die Sozialdemokraten im Falle eines Krieges nicht zu marschieren gedächten. Diese angebliche Auslassung steht nicht nur mit der Stelle aus der bekannten Rußlandrede Bebels in Widerspruch, nach welcher er selbst die Flinte auf den Buckel nehmen wolle, wenn es gegen den Zarismus gehe, sie steht auch mit der außerordentlichen Vorsicht nicht in Einklang zu bringen, die Bebel in allen Gesprächen mit Nichtsozialdemokraten stets an den Tag legte. Besonders in allen Fragen, die irgendwie mit einer Aeußerung über die vaterländische Zuverlässigkeit der Partei zusammenhingen, war Bebel von einer geradezu übertriebenen Vorsicht. Es scheint ausgeschlossen, daß er von Herrn von Eckardstein bei der erwähnten Unterredung richtig verstanden worden ist.

Notizen.

Die Interpellation über Oberschlesien im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages. Wie die Deutsche Allgem. Zeitung mitteilt, werden im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages, der heute vormittag zusammentritt, die Interpellationen über Oberschlesien und die Sanktionen von der Regierung beantwortet werden.

Die Pariser Verhandlungen. Die Herren Guggenheimer und Bergmann, die die in Wiesbaden begonnenen, deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen fortführen sollen, sind am Sonntag von Berlin abgereist. Die Verhandlungen werden am Dienstag beginnen.

Eine sinnige Ehrung. Die bürgerliche Regierung Preußens hat zum Vertreter Preußens in München den Landrat Schellen ernannt, den früheren Personalreferenten des Ministeriums des Innern, der wegen seiner Teilnahme am Kapp-Putsch seines Postens enthoben werden war. Ein Kappist ist der richtige Mittelsmann zwischen Kahr und Stegermann—Dominicus.

Was man im Rheinland nicht lesen darf. Die Rheinlandkommission hat die Zeitschrift „Der wahre Jakob" vom 20. Juni ab auf drei Monate für die besetzten rheinischen Gebiete verboten.

Arbeitsaufnahme der englischen Bergarbeiter. Reuter zufolge wird erklärt, daß zwischen den Bergwerksbesitzern und den Bergarbeitern hinsichtlich des Uebereinkommens mit der Regierung über die Subvention ein vorläufiges Uebereinkommen erzielt worden sei, demzufolge die Arbeit am 4. Juli wieder aufgenommen werden soll.

Krieg zwischen Rußland und Japan? Der „Daily Telegraph" meldet, daß Tschitscherin den Kriegszustand zwischen Rußland und Japan erklärt habe. — Die Sowjetregierung beschuldigt bekanntlich die japanische Regierung, den Eroberer von Wladiwostok, Semenoff, der in Sibirien eine östliche Republik errichten will, unterstützt zu haben. Praktische Folgen würde diese Kriegserklärung, wenn die Nachricht richtig sein sollte, zunächst kaum haben.

Griechische Niederlage. Wie die Havasagentur aus Konstantinopel meldet, sind die griechischen Truppen bei Adabazar und Sabanda geschlagen worden und haben sich auf Ismid zurückziehen müssen. Auch Ismid sei am Abend des 24. d. M. von den Türken besetzt worden. Die Bewohner von Ismid werden von einem englischen Kreuzer an Bord genommen werden.

Sondergericht Wittenberg.

Der 23 Jahre alte Tischler Fritz Schlegel, der 25 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Bahn, der 20 Jahre alte Bergmann Ludwig Filipzak und der 19 Jahre alte Fleischer Karl Barthel, sämtlich aus Thondorf, haben sich daselbst der Roten Armee angeschlossen. Sie besuchen am Mittwoch vor Ostern eine Versammlung der Kommunistischen Partei, in der zum Anschluß an die Rote Armee aufgefordert wurde. Als sich nur einige Besucher freiwillig meldeten, wurden einfach eine Anzahl Thondorfer Einwohner dazu bestimmt, noch an demselben Abend nach Eisleben zu ziehen. Unter diesen Bestimmten befanden sich auch die vier Angeklagten, die nicht der Kommunistischen Partei angehörten. Bahn ist im Gegenteil sogar Mitglied des Kriegervereins, während Barthel und Filipzak früher bei der Reichswehr dienten. Noch am selben Abend wurden Gewehre verteilt, worauf der Trupp nach Eisleben zog. Wie sich herausstellte, hat Bahn kein Gewehr bekommen und hat den Trupp nur mit dem Rad begleitet. Die Angeklagten behaupten, daß sie nur gezwungen mitgegangen sind. Sie wollen jede Gelegenheit erwartet haben, um wieder fliehen zu können. Schlegel und Barthel gelang die Flucht bereits am nächsten Vormittag. Filipzak wurde von den Aufrührern selbst als „Roskehund" davongejagt, nachdem man ihn vorher erst noch mit dem Gewehrkolben bearbeitet hatte. Auch wurde bei seinem Weggange hinter ihm hergeschossen. Auch Bahn gelang schließlich mit seinem Rade die Flucht. Bahn wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Die übrigen drei Angeklagten werden, da sie ihre Waffen dem Aktionsausschuß überließen, anfangs bei einer Behörde abzugeben, wegen Vergehens gegen das Entwaffnungsgesetz zu je 300 Mk. Geldstrafe verurteilt, sie aber auf die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet werden. Der Staatsanwalt hatte gegen Bahn ebenfalls Freispruch, gegen die übrigen drei Angeklagten aber je 7 Monate Gefängnis beantragt.

Der 24 Jahre alte Arbeiter Kurt Neupert aus Halle hat für die Rote Armee bei Teutschenthal als Sanitäter Dienste geleistet. Er will dazu gezwungen worden sein, was ihm das Gericht nicht glaubt. Urteil: 7 Monate Gefängnis, wovon zwei Monate als verbüßt angesehen werden.

Zwei weitere Strafsachen, und zwar gegen den Elektriker Karl Schade und den Bäcker Arno Morgenbrod, beide aus Halle, werden vertagt.

Der 19 Jahre alte Arbeiter Walther Keßler aus Leuna hat sich in Leuna der Kompagnie Neumark der Roten Armee angeschlossen, will dies jedoch nur gezwungen getan haben. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis. Das Gericht hielt aber die Angaben des Angeklagten, daß der Anschluß nur gezwungen geschehen sei, nicht für widerlegt und erkannte auf Freispruch. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

Der Bergmann Hans Jakob aus Mücheln, 20 Jahre alt, hat sich ebenfalls der Roten Armee angeschlossen, wobei er auch im Besitz einer Waffe war. Er wird wegen Anschluß an einen bewaffneten Haufen und Vergehens gegen das Entwaffnungsgesetz zu 1 Jahr Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte in diesem Falle nur 10 Monate Gefängnis beantrag. 3 Monate gelten als verbüßt.

Die Strafsache gegen den 22jährigen Bergarbeiter Willy Bösche aus Bischofsroda wegen Beamtennötigung, Aufruhrs, Landfriedensbruchs und Vergehens gegen das Entwaffnungsgesetz, wird vertagt, nachdem bereits eine längere Beweisaufnahme stattgefunden hatte und vom Staatsanwalt 1½ Jahre Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe beantragt waren.

Der Bergmann Karl Döring aus Helbra, 24 Jahre alt, hat sich der Roten Armee angeschlossen und für dieselbe Posten gestanden. Auch ist er für dieselbe als Meldeläufer tätig gewesen. Nachdem der Angeklagte früher ein umfassendes Geständnis abgelegt hatte, widerruft er in der Hauptversammlung seine früheren Aussagen und erklärt, zu den letzterem von den Schutzpolizeibeamten durch Schläge gezwungen worden zu sein. Er wird zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, wovon 2 Monate als verbüßt gelten. Außerdem wird dem Angeklagten Strafaussetzung gewährt und seine Haft aufgehoben. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr Gefängnis beantragt.

Der Bauarbeiter Alwin Heinhold aus Großröhren, hat für die Rote Armee bei Corbetha — angeblich ohne Gewehr — Posten gestanden. Urteil: 8 Monate Gefängnis. 2 Monate gelten als verbüßt. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf 1 Jahr Gefängnis.

Der 21 Jahre alte Arbeiter Paul Bach und der 19jährige Arbeiter Richard Köppe, beide aus Gröbers, werden von der Anklage, sich bei Gröbers und Döllnitz am Aufruhr beteiligt zu haben, auf Kosten der Staatskasse freigesprochen, da das Gericht annimmt, daß sich beide Angeklagte der Strafbarkeit ihrer Handlung nicht bewußt gewesen sind.

Die Bergleute Ernst Schaller, 21 Jahr und Franz Mröbel, 25 Jahre, beide aus Bischofsroda, sind angeklagt, sich daselbst an den aufrührerischen Vorgängen mit einem Gewehr beteiligt zu haben. Beide bestreiten dies, werden aber durch die Zeugenaussagen für überführt erachtet und zu je 1 Jahr Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Geldstrafe gilt durch die Untersuchungshaft als verbüßt. Der Staatsanwalt hatte je 1 Jahr 3 Monate beantragt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Paul Täumel, für den Anzeigenteil Wilhelm Herzig, beide in Halle.

Amtliche Bekanntmachungen für Eisleben.

7 Uhr Ladenschluß.

Die Anordnung des Magistrats vom 5. November 1919, Ka II 11 972, betreffend Ladenschluß zwischen 6 Uhr abends und 8 Uhr morgens, Schaufensterbeleuchtung usw. wird aufgehoben.

Es gelten nunmehr die Bestimmungen der Verordnung vom 18 März 1919 (R. G. Bl. S. 315) über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten, wonach alle offenen Verkaufsstellen mit Ausnahme der Apotheken für den geschäftlichen Verkehr zwischen 7 Uhr abends und 7 Uhr morgens geschlossen werden müssen. Die zugunsten der Angestellten bestehenden Bestimmungen und Verträge betreffend die Arbeitszeit sind nach wie vor einzuhalten.

Eisleben, den 22. Juni 1921.

Der Magistrat.
Dr. Waltsgott.

Der grosse
Räumungs-Ausverkauf
unter dem Motto:
Halle steht Kopf
im Gelegenheitskaufhaus
Schmeerstr. 5, I Treppe
beginnt am 1. Juli!
Staunen werden Sie über die Preise, die ich rücksichtslos herabgesetzt habe.
Beachten Sie meine Angebote in der nächsten Nummer.

Eine ganze **Bibliothek** für nur **neun Mark**
erhalten Sie durch das „Wirtschaftliche Arbeitnehmertaschenbuch". Enthält alles, was man tägl. Leben rasch wissen muß, z. B.: Verfassung, Friedensvertrag, Heerwesen, Finanzen, Steuergesetze, Eisenbahnwesen, Auswanderung, Unternehmer- und Arbeitnehmerverbände, Wirtschaftssysteme, Parteiwesen, Redekunst, Massenpsychologie, Sowjetrussland, Arbeiter- und Angestelltenrecht, Betriebsrätegesetz, Soziale Versicherung, Reichsversorgungsgesetz, Systeme der Volkswirtschaft, Sozialisierung, Gewinnbeteiligung, Indexziffern, Taylorsystem, Schulwesen, Volkswirtschaftliche Fragen, Valuta, Einkommen usw.
Preis Mark 9.—
Buchhandlung Volkstimme
Gr. Ulrichstrasse 27.

Bei krankh. Störungen u. Stockungen der Blutzirkulation gebrauchen Sie sofort stets die seit vielen Jahren erprobten echten Menstruationstropfen
„Frebar", extrastark.
Erhöhte, beschleunigte Wirksamkeit durch Doppelflaschen extrastark in Verbindung mit Frebar-Pulver oder Frebar-Tee. Erhältlich in allen größeren Apotheken, Drogerien und einschlägigen Geschäften. Hauptdepots: Adler-Apotheke, Geistr. 15; Sanitäts-Depot, Leipzigerstr. 11; C. Kertzscher, Leipzigerstr. (Ecke Poststraße); C. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41. M. Waltsgott Nachf., Gr. Ulrichstraße 30. Albert Schumann, Steinweg 46/47. Fritz Speer, Große Ulrichstraße 65.

Saalschloss-Brauerei.
Mittwoch, den 29. Juni, abends ½8 Uhr
GR. KONZERT der Kapelle Kott.
Abends 10 Uhr
RIESENFEUERWERK
I. Teil: Grosses Brillant-Feuerwerk.
II. Teil: Ausbruch des Vesuv.
Ausführende: Gebr. Pfeiffer, Cröllwitz.
Eintritt 3.—, Kinder 1.50 Mk. F. Winkler.

Preussische Lotterie-Einnahme
Willi Fraubœs : Stadtbad-Drogerie
Gr. Steinstrasse 65 (Nähe Hauptpost). Tel. 5024.
empfiehlt **Lose 1. Klasse** und folgende der 18. Lotterie

Hauptgewinn im günstigsten Falle		1½ Million Mk.
2	Prämien à	750 000 „
4	Gewinne à	500 000 „
4	Gewinne à	300 000 „
2	Prämien à	250 000 „
4	Gewinne à	200 000 „
4	Gewinne à	100 000 „

Je 2 Haupt-Gewinne in den Vorklassen von:
200 000, 175 000, 150 000, 125 000 Mk.

Losspreise: pro Klasse	Achtel	Viertel	Halbe	Ganze
	10.—	20.—	40.—	80.— Mk.

Ziehung 12. und 13. Juli.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich stets auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

Stadt-Theater
Mittwoch, den 29. Juni:
Anfg. 7, Ed. 9½ Uhr:
Donnerstg. Stammkart.
Ariadne auf Naxos
von Richard Strauss.
Donnerstag:
Der Rosenkavalier

Zu verkaufen
Piano für 3000 Mk. zu verkaufen
Liebenauerstr. 149, pt. r.

Ferkel
hat abzugeben
Reilstraße 103.

Vermischtes
Laufdecken v. 42.50 Mk. an.
Knopfdeck. v. 52.50 Mk. an.
Gebirgsdeck. v. 62.50 Mk. an.
Luftschlauche extr. pa. 20 Mk.
Otto Sparmann,
direkt neben Walhalla.

Starke dauerhafte
Rucksäcke
sehr preiswert bei
H. Krasemann,
Leder-Spezialgesch.
nur Schmeerstr. 19

Schlafzimmer
Küchen
Herren-, Speisezim.
u. einzelne Möbel.
H. Bergmann,
Inh. R. Ebeling.
Möbelfabrik,
Halle, Fleischerstr. 30/31.
Tel. 2382.

Kluge **Frauen**
kaufen keine nutzlosen teuren Mittel, sondern wenden sich bei Regestörungen u. Stockungen an mich. Machen Sie noch einen Versuch mit meinem anerkannt wirksamen Spezialmittel. Vollkommen unschädlich. Garantie. Erfolg. Ohne Berufsstörung. Viele Dankschreiben. Marta Kleus, Merseburgerstraße 161 IV. Eingang Königstraße.

Eisleben.
11. Volkskonzert
Freitag, 1. Juli, abds. 8 Uhr, im Volkshaus, Lindenstr.
Eintritt 1.— Mark.
Dirigent:
Kapellmeister Reißer.

Rob. Schmeisser
Halle a. S., Gr. Märkerstr. 5
empfiehlt
Unter- u. Oberleder
für die Schuhmacherei sowie sämtl. Schuhmacher-Bedarfsartikel zu billigsten Preisen.

Soeben eingetroffen:
Jacken u. Hosen
in Drell und Leinen
a Stck. 28, 35 u. 58 Mk.
Feldgraue Tuch-Blusen u. Hosen
von 75 Mk. an
Militär-Schaftstiefel
mit Doppelsohlen,
noch sehr gut erhalten,
75 und 85 Mk.
Haltbare neue
für
Arbeitsschuhe Männer
mit u. ohne Doppelsohl.
von 95 Mk. an.
Ein- u. Verkaufs-Haus
Schülershof 22
dicht am Markt.

Ia Scheuertücher
Adolf Wünsch,
L. Wuchererstraße 1a.

Leder-Ausschnitt
Gummiabsätze
Maß-Schäfte
„billigste Preise"
Werkzeuge
Fr. Noah,
Leipzigerstrasse 16
Café Zorn gegenüber

Stellen finden.

Heizungsmonteure
durchaus selbständige, ältere, sofort gesucht.
Sachsse & Co., Halle a. S.
Bugenhagenstraße 12.

Familien-Nachricht.

Nach einem schmerzenreichen Leben schied von uns am Montag morgen im 59. Lebensjahre

Frau Pauline Amalie Friederike Wagner
geb. Remm.

In tiefer Trauer
Familie Wagner.
Neu-Rössen, Bez. Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210628-15/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Achtung Parteigenossen! Schickt eure Kinder Dienstags von 7 Uhr zu Spiel und Tanz unserer Kindergruppe nach der Peißnitz. **Die Arbeiterjugend.**

Arbeiterjugend. Dienstag, abend, von 7 Uhr ab Spiel und Sport auf der Peißnitzwiese. Rege Beteiligung wird erwartet. **Der Vorstand.**

Halle und Saalkreisorte.

Halle, 28. Juni 1921.

Der städtische Haushaltsplan für 1921.

Riesige Endsummen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist gestern der neue städtische Haushaltsplan vorgelegt worden mit dem Antrage:

1. **die vorbezeichneten Voranschläge zu genehmigen und den Stadthaushaltsplan in Einnahme und Ausgabe auf 123 683 000 Mark festzusetzen;**
2. **zur Deckung des Steuerbedarfs die Erhebung folgender direkten Steuern für das Rechnungsjahr 1921 zu beschließen:**
   a) **eine Gemeindegrundsteuer von 1 Proz. des gemeinen Wertes der bebauten und 2 Proz. des gemeinen Wertes der unbebauten Grundstücke gemäß §§ 2 und 3 der Grundsteuerordnung = 622 Proz. des Ertrages der staatsseitig veranlagten Grund- und Gebäudesteuer,**
   b) **228 Proz. der sich aus der besonderen Gewerbesteuerordnung der Stadt Halle ergebenden Steuersätze = 663 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbesteuer,**
   oder
   b) und c) zusammengerechnet 647 Proz. der gesamten Realsteuern;
3. **weiter zu beschließen, im Rechnungsjahr 1921 neben der für die Ableitung von Fäkalien bestimmten festen Gebühr von ½ Proz. des Nutzungswertes des Grundstücks gemäß § 3 Absatz 2 der Gebührenordnung vom 17. Januar 1905 und auf Grund des dazu von den städtischen Körperschaften unter dem 9. Mai, 26. Mai und 3. Juni 1919 beschlossenen III. Nachtrages vom 10. Juni 1919 eine Kanalbenutzungsgebühr von 5,7 Proz. des Nutzungswertes zu erheben, unter bestimmungsmäßiger Freilassung der Wohnungen bis zu 300 Mark Mietswert;**
4. **zuzustimmen, daß von dem 33 870 694,42 Mark betragenden Ueberschuß des Rechnungsjahres 1919 2 100 000 Mark dem Ausgleichsfonds zuzuführen sind.**

Zur Begründung wird u. a. ausgeführt:

Wer die Entwicklung verfolgt hat, die die städtischen Ausgaben im Jahre 1920 genommen haben, wer sich erinnert, wie kaum eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung verging, ohne daß der längst verbrauchte Dispositionsfonds, das Kapitel XXIV, 14 von neuem geschröpft wurde, wie die Gehälter der Beamten und Angestellten nach den Vorschriften des Reiches und Staates wiederholt gesteigert werden mußten und wie eine neue große Anleihe die städtische Schuld um weitere 42 Millionen steigerte, den wird es kaum überraschen, daß der Haushaltsplan des Jahres 1921 die schon außerordentlich gestiegene Abschlußziffer des Jahres 1920 noch um ein Beträchtliches übertrifft: der Hauptetat des neuen Wirtschaftsjahres schließt in Einnahme und Ausgabe, nach Abzug der doppelt erscheinenden Posten (Kap. VI und XV) mit 95 320 000 Mark ab, das sind gegen 1920 (wiederum nach Abzug der Verrechnungsposten) rund 26 Millionen Mark mehr. Rechnet man die Bruttoziffern der Sonderetats, jedoch ohne die selbständigen Stiftungen, den Abschlußsaldo des Hauptetats hinzu, so ergibt sich für die Gesamtausgabe und -einnahme der städtischen Verwaltung die unerhörte Ziffer von

rund 177 Millionen Mark!

Nur zum geringsten Teil erklärt sich diese neue große Steigerung durch Erhöhung der sächlichen Ausgaben; wohl sind für die Unterhaltung und Instandsetzung der städtischen Gebäude, für Erneuerung und Unterhaltung der Brücken und ähnliche Zwecke beträchtlich erhöhte Ausgaben vorgesehen, um nur das Nötigste zur Verhütung des Verfalls der Baulichkeiten zu tun (wobei aber wiederum nicht übersehen werden darf, daß von den Mehrausgaben des Hoch- und Tiefbauamtes — 657 000 bzw. 1 370 000 Mark — ein ansehnlicher Teil auf offene, wie auch in sächlichen Ausgaben versteckte persönliche Kosten entfällt). Auch der Schuldendienst fordert, obwohl zurückhaltend veranschlagt, eine im wesentlichen durch die neuen Anleihen verursachte Steigerung um rund 1,3 Millionen Mark; ebenso sind die Mehrausgaben der Armenverwaltung und des Jugendamtes von zusammen rund 3,8 Millionen Mark (insgesamt erfordern die beiden Etats rund 9,5 Millionen Mark) nicht so sehr durch persönliche Ausgaben, als vielmehr durch die Steigerung der Unterstützungs- und Pflegesätze usw. verursacht. Auch die Steigerung der Prozentualabgabe um rund ½ Million Mark ist in diesem Zusammenhange zu nennen. Abgesehen aber von diesen größeren Posten tritt die Steigerung der sächlichen Kosten überall weit, sehr weit hinter die ungeheure Steigerung der persönlichen Ausgaben an Gehältern und Löhnen, die nach in einem weit stärkeren Prozentverhältnis, als schon im vergangenen Jahre, an den Ausgaben beteiligt sind und angesichts der Begrenztheit der Einnahmemöglichkeiten die sächlichen Ausgaben weit unter die Linie gesunder Entwicklungsmöglichkeiten hinabdrücken.

Es würde zu weit führen, wollte man die Wirkung dieser Steigerungen durch die Ziffern jedes Einzeletats belegen; nur die größeren Zahlen mögen sprechen: Der Etat der

Allgemeinen Verwaltung

(Kap. VI) erhöht sich um rund 3,4 Millionen Mark, hauptsächlich durch Bereitstellung einer Reserve von 1,6 Millionen Mark für die unvermeidlichen Auswirkungen der letzten preußischen Besoldungsreform, die hoffentlich auch wirklich die letzte bleiben wird!

Der Polizeietat

erhöht sich um nicht weniger als 4,23 Millionen Mark auf rund 9 Millionen Mark, beansprucht also allein fast 10 Proz. des gesamten Etats. Wie teuer die Städte mit eigener Polizei ihr Vorrecht bezahlen müssen, ergibt sich aus dem Vergleich mit dem um die Hälfte größeren Magdeburg, das staatliche Polizei besitzt und nur etwa 5,3 Millionen Mark für Polizeikosten aufwenden muß, einschließlich eines Beitrages von 1,2 Millionen Mark für die Schutzpolizei; das würde ungefähr einer Ausgabe von nur 3,5 Millionen Mark (gegen 9 Millionen!) für Halle entsprechen. Leider verspricht auch die Zukunft hier keine Erleichterung; denn der Entwurf eines neuen Polizei-Kosten-Gesetzes will auch für den Fall des Uebergangs der Polizei auf den Staat die Gemeinden mit der vollen Höhe der örtlichen Polizeikosten belasten.

Im Etat der

Volks- und Mittelschulen

tritt zum ersten Male die Wirkung des neuen Lehrer-Besoldungsgesetzes voll in Erscheinung; sie äußert sich bei den Volksschulen in einer Ausgabesteigerung von 2,13 Millionen Mark, bei den Mittelschulen — trotz der Erleichterung durch das staatliche Beschulungsgeld — in einer solchen von 628 000 Mark. Die höheren Schulen erfordern einen Mehrzuschuß von zusammen 1,45 Millionen Mark, fast ausschließlich infolge der Steigerung der Lehrergehälter, und für die Fachschulen werden aus dem gleichen Grunde zusammen rund 735 000 Mark mehr verlangt. Für die höheren Schulen haben wir zwar einen namhaften Staatszuschuß beantragt, der denjenigen Gemeinden in Aussicht gestellt worden ist, die ihre früher eifersüchtig gewahrten Rechte an den höheren Schulen durch die Not gezwungen, für schlechtes Geld an den Staat verkaufen wollen. Doch ist der Erfolg so ungewiß, daß es leichtsinnig wäre, hierfür im Etat schon den gesamten beantragten Beitrag als Einnahme vorzusehen; wir haben uns mit der Einstellung eines Leitbetrages von zusammen 300 000 Mark begnügt, und selbst in dieser Höhe ist auf den Eingang nicht mit Sicherheit zu rechnen.

Insgesamt hat die Stadt für Volks- und Mittelschulen 9,4 Millionen Mark, für die höheren Schulen rund 3,1 Millionen Mark aufzuwenden, das macht zusammen nicht weniger als etwa

13 Proz. der Ausgabe des gesamten Etats

aus! Angesichts dieser gewaltigen Steigerung der Schullasten der Gemeinde, die erst durch einen Vergleich mit der Friedensbelastung sich in ihrer vollen Schwere darstellen würde, muß immer von neuem und immer nachdrücklicher die Forderung erhoben werden, daß der Staat entsprechend den von ihm beanspruchten Rechten an der Schule sich auch an ihren Lasten wesentlich stärker als bisher beteiligt. Dies um so mehr, als nach neuesten Mitteilungen damit gerechnet werden muß, daß mit den in den Haushaltsplan eingestellten Beträgen die städtischen Leistungen für die Schulen noch viel zu gering veranschlagt sind. Die Forderungen der Landesschultaxe an die Stadt sind uns noch nicht bekanntgegeben worden; die eingestellten Zahlen beruhen auf vorläufigen Schätzungen. Die die Leistung der Stadt bestimmenden Faktoren sind aber zum Teil noch so unbestimmt, daß peinliche Ueberraschungen hier keineswegs ausgeschlossen sind.

Den größten Teil der neuen Lasten tragen

die städtischen Werke.

Vorsorglich haben die städtischen Körperschaften schon zu Beginn des neuen Wirtschaftsjahres die Preise für elektrischen Strom, Gas und Wasser erhöht. Sie waren sich dabei der schweren Belastung klar bewußt, die sie der Bürgerschaft damit zumuteten, und es muß unumwunden ausgesprochen werden, daß die Gebührentarife damit die äußerste Grenze des Zulässigen erreicht und hoffentlich nicht bereits überschritten haben. Verschlechterungen der allgemeinen Wirtschaftslage würden ernste Besorgnisse nach dieser Richtung jedenfalls nur als allzu begründet erscheinen lassen. — Und noch eine andere Seite fordert Beachtung: Wohl sind reichlichere Mittel als im Vorjahre für Instandhaltungs- und Erweiterungsarbeiten bei den einzelnen Betrieben bereitgestellt worden. Die Forderungen einer vorsichtigen Wirtschaft sind aber damit noch keineswegs voll befriedigt, und es muß bedauert werden, daß die Stadt durch die Lage ihrer Finanzen genötigt ist, so gewaltige Tribute von ihren Werken zu fordern. Soll doch das Elektrizitätswerk rund 12½ Millionen Mark (+ 5 Millionen), das Gaswerk mehr als 3,5 Millionen (+ rund ½ Million) und das Wasserwerk rund 682 000 Mark (+ 682 000 Mark) an die Kämmereikasse abliefern, während sich der Zuschuß zur Straßenbahn, dank der neuen Tarife, um annähernd 1¼ Million Mark vermindert hat.

(Fortsetzung in der nächsten Nummer.)

Bericht von der Stadtverordnetensitzung am 27. Juni 1921

Die Sitzung eröffnet Stadtverordnetenvorsteher Keil ¼5 Uhr. Nach Verlesung einiger Eingänge wird der besondere Stadtrat Dr. Max durch den Oberbürgermeister in sein Amt mit den üblichen Formalitäten eingeführt.

Punkte 1—3 der Tagesordnung: Die Wahlen der Mitglieder des Grundsteuerausschusses, Sachverständigen zur Abschätzung von Desinfektionsschäden und Mitgliedern der Schuldeputation werden ohne Debatte im vorgeschlagenen Sinne erledigt.

Punkte 4—6: Die Einrichtung eines Wasch- und Plättraumes in der Klosterschule, die Instandsetzung des Daches am städtischen Grundstück Geiststraße 45a, Thaliasäle, sowie die Instandsetzung der Tische und Stühle im Zoologischen Garten werden einstimmig beschlossen.

Punkt 7: Eine Eingabe des Herrn Otto Göricke, betreffs Pflasterung der Großen Gosenstraße, wird vom Bauausschuß zur vorläufigen Zurückstellung der Arbeiten empfohlen. Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt im Sinne des Bauausschusses.

Punkte 8—17: Es wird beschlossen, die Tarifsätze für das Anbringen von Anschlägen an den öffentlichen Anschlagsäulen zu erhöhen, ferner wird die Grundeigentumsdeputation ermächtigt, die Sätze in Zukunft selbständig festzusetzen.

Dem Vorschlage der Branddirektion entsprechend, werden zur Beschaffung einer neuen Bereitung für den automobilen Krankenwagen die benötigten 5000 Mark bewilligt.

Die Mittel für die Kriegsgefangenenheimkehr in Höhe von 50 000 M. werden um 10 000 M. verstärkt. Ebenso wird eine Eingabe der Vereinigung hallischer Lazarettinsassen betreffs Gewährung von Freifahrkarten der Straßenbahn für Schwerverwundete damit erledigt, daß der Magistrat 40 Freifahrkarten für die Lazarettinsassen ausgeben will.

Punkt 18: Der Magistrat beantragt, zuzustimmen, daß die auf dem Lageplane rot gekennzeichneten Baustellen von ca. 3451 Quadratmetern Größe an die Zentralgenossenschaft zum Bezug landwirtschaftlicher Bedarfsartikel G. m. b. H. verkauft werden.

Gen. Wilke führt aus: Es ist für uns von größter Bedeutung, wer Besitzer dieses Baulandes werden soll. Es geht nicht an, daß Allgemeingut in den Besitz des Privatkapitals übergeht. Die Statistiken beweisen, daß die Wohnungsnot nicht eine Folge des Krieges ist, sondern eine Auswirkung des privatkapitalistischen Systems. Wir werden alles daran setzen, das sämtliches Bauland der Allgemeinheit zugeführt wird, um eine vernünftige Siedlungspolitik zu treiben. Wir stimmen gegen diese Vorlage.

Stv. Hoe (Dem.) erklärt sich als Bodenreformer im Prinzip mit unserem Gen. Wilke einverstanden, bittet jedoch in diesem Falle zur Annahme der Vorlage.

Stv. Albrecht (USP.) erklärt, daß er im Ausschuß für die Vorlage gestimmt habe aus dem Grunde, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Stv. Herzfeld (Dem.) spricht deshalb gegen die Ausführungen unseres Gen. Wilke, weil das Bauland nicht zu Wohnungszwecken, sondern zur Schaffung von Büroräumen verwendet werden soll.

Die Abstimmung ergibt ein Resultat von 29 gegen 23 Stimmen für die Annahme der Vorlage. Bemerkenswert ist, daß der Unabhängige Albrecht als einziger Vertreter der Linken für die Vorlage stimmte.

Punkt 19: Das Gesuch der Spar- und Baugenossenschaft „Eigenheim" G. m. b. H. Halle a. S. um Ueberlassung eines Ackerplanes, wird dem Magistrat als Material überwiesen.

Punkt 20: Gesuch des Vereins „Gesundheitspflege" um Pachtverlängerung.

Stv. Kürbs (U. S. P.) geht über das Gesuch des Vereins hinaus und beantragt, daß an und für sich wertlose Stück Land dem Verein überhaupt pachtfrei zuüberlassen.

Gen. Wilke spricht ebenfalls im Sinne des Vorredners und bittet um pachtfreie Ueberlassung. Er betont, daß derartige Vereine zur Erhaltung der Volksgesundheit nur gefördert werden müssen, denn gerade Licht, Luft und Sonne seien die besten Mittel auf dem Gebiete zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Stadtrat Fischer: Wenn der Antrag des Herrn Kürbs angenommen wird, so werden auch andere Vereine, wie Tennis-Ruderclubs usw., die ebenfalls der Erhaltung der Volksgesundheit dienen, das Recht der pachtfreien Ueberlassung ihrer Plätze in Anspruch nehmen.

Nach einer längeren Debatte wird der Antrag Kürbs auf pachtfreie Ueberlassung abgelehnt und gegen die Stimmen der Linken die Vorlage in folgender Form angenommen:

Der Pachtvertrag wird um 10 Jahre verlängert unter der Bedingung, daß die Pacht aller zwei Jahre revidiert wird. Der gegenwärtige Preis soll jährlich 300 M. betragen.

Punkt 21: Es liegt vom hallischen Künstlerrat eine Eingabe vor, in der die Aufnahmereklame an den Straßenbahnwagen bemängelt wird. Er stellt zu diesem Zwecke seine Kräfte zur Verfügung.

Die Stadtverordnetenversammlung gibt ihre Zustimmung hierzu und überweist die Eingabe dem Verkehrsausschuß.

Hierauf wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

Kempin-Utzelmann vor dem Sondergericht.

Gestern begann unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Thorwest die Verhandlung gegen Franz Utzelmann (Kempin) und seinem Mitangeklagten Prenzlow, die beide Mitglieder des Aktionsausschusses der Leunawerke gewesen sind. Utzelmann war im Kriege bei der Marine, kam mit der Volksmarinedivision nach der Revolution nach Berlin, trat dort bald zum Spartakusbund über und fand als Angestellter beim Roten Kreuz Beschäftigung. Schon damals begann er seine agitatorische Tätigkeit und kam des öfteren in Schutzhaft. Bei der Gründung der Kommunistischen Arbeiterpartei trat er zu dieser über und wurde zugleich Mitglied der Allgemeinen Arbeiterunion. Als er in Berlin keine Arbeit mehr fand, ging er nach Mitteldeutschland und kam in Halle bald mit den Spitzen der K. A. P. D. in Berührung, die seine ungewöhnliche Intelligenz und Redegewandtheit sich zunutze machten. Er wurde Wanderredner der K. A. P. D. und hat ein halbes Jahr lang durch tägliche Werbeversammlungen von sich reden gemacht.

Das ging bis zum Herbste 1920. Hier machte sich als Folge dieser Agitation bei dem Angeklagten eine geistige und körperliche Erschöpfung bemerkbar. Er beschloß deshalb, sich nach einer festen Arbeitsstelle umzusehen. Dies gelang ihm auch. Er fand durch Vermittlung seiner Parteigenossen in Leuna Arbeit. Hier verhielt er sich zunächst agitatorisch untätig, bis ihn U. S. P.-Leute, die ihn von seinen Agitationsreisen her kannten, aus dem Betriebe hinauskeln wollten. Da setzte er sich zur Wehr und wurde infolge seiner Gewandtheit seiner Gegner Herr und ein Führer der dortigen radikalen Arbeitergruppen.

Nun kam Hörsings Schupoerlaß. Er weckte in Leuna gemischte Gefühle, da es dort zu den Traditionen gehörte, täglich ein paar Klötze Holz mit nach Hause zu nehmen. Von den Diebstählen, die in dem Aufruhr aufgeführt waren, wollte niemand etwas wissen. Belegschaftsversammlung auf Belegschaftsversammlung fand statt. Korch, Kempin und andere vertraten den Standpunkt, daß der Einmarsch der Schupo nur auf Veranlassung der Unternehmer stattfände und brachten den drohenden Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet mit dem Einrücken der Schutzpolizei in Verbindung. Kempin nahm mit den Spitzenorganisationen der hallischen K. A. P. D. und V. K. P. D. Fühlung und organisierte den Leunaer Streik. Ein Aktionsausschuß mit Korch als Vorsitzenden und Utzelmann als Mitglied wurde konstituiert. Der Anklagebericht wird nicht sehr Unrecht haben, wenn er aber Kempin als das geistige Haupt des Aktionsausschusses bezeichnet. Es läßt sich aber nicht nachweisen, daß er seinen Einfluß an irgendeiner Stelle zu rohen Gewaltakten mißbrauchte. Für ihn war die Aktion eine Auseinandersetzung des „Weltkapitals" mit der Arbeiterschaft, der mit ehrlichen Waffen ausgefochten werden sollte.

Wegen **Inventur-Aufnahme** werden unsere Verkaufsräume und Büros am Donnerstag, den 30. Juni 1921, erst vormittags 10 Uhr geöffnet!

Geschäftshaus **J. Lewin** Marktplatz 2 u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210628-15/fragment/page=0005

Daß er Herdel im jugendlichen Ueberschwang am Ziel vorbeigeschossen hat, liegt auf der Hand. Er verteidigt sich aber ohne jede Schönfärberei, mit viel Mut und äußerst geschickter Dialektik. Als Verteidiger ist ihm und dem Mitangeklagten Prenzlow Justizrat Fraenkel (Berlin) beigegeben. Utzelmann ist geborener Berliner und 24 Jahre alt. Er gibt zu, daß er infolge seiner rhetorischen Gewandtheit viel Einfluß unter der Arbeiterschaft besessen habe. Vom Ausbruch der Aktion an sei er aber im Aktionsausschuß in die Opposition gedrängt worden, da er so viel bewußten Blödsinn und Mißgriffe nicht mitmachen wollte. Er sei ein Gegner der Putschtaktik und habe die Bewegung nur zu einem organisierten Massenstreik zusammenfassen wollen. Das einzige Gewaltmittel, die Requirierung von Lebensmitteln für die in Lenau anwesenden Arbeiter sei eine Notwendigkeit gewesen. Der Angeklagte bestreitet, daß er Arbeiter, die das Werk verlassen wollten, mit Gewalt zurückgehalten habe.

Schon früher hätte der Betriebsrat, der später vom Aktionsausschuß beiseite gedrängt wurde und der zum größten Teil aus V. K. P. D.-Leuten (man höre!!) bestand, das Gerücht in Umlauf gesetzt, Utzelmann sei ein Spitzel! Im Laufe der Aktion verstärkte sich dieser Verdacht abermals und Utzelmann wurde mit einem gewissen Leutnant Andrae identifiziert. Erst durch mehrfache Vorstellungen Prenzlows ließ man von dem Vorhaben ab, Utzelmann aus dem Werke zu weisen. Aber der Einfluß des Angeklagten war gebrochen und auf einen gewissen Paul, den Abgesandten von Hölz(!) übergegangen, der nun einen wilden Husarenritt in den Vorzellanladen vollzog. Utzelmann sah das Scheitern des Unternehmens herankommen. Er will nun nur noch darauf bedacht gewesen sein, die Arbeiter nach Hause zu bringen. Auf zehn Lastautos ließ er Arbeiter aus dem Werke transportieren. Dann machte er sich selbst aus dem Staube und wurde in Leipzig verhaftet. Einen Zeitungsberichterstatter, der sich für einen Kommunisten ausgab, was sich aber als Lüge herausstellte, hat er festnehmen lassen. Außerdem hat er einen Revolver besessen. Daß sich der famose Paul an die Geldschränke der Firma gemacht hatte, erfuhr der Angeklagte erst zu spät. — —

Prenzlow ist 30 Jahre alt und in Segefeld bei Spandau geboren. Durch seine Beschäftigung in Betrieben, die aus der Kriegswirtschaft Kapital schlugen, sei er zu einer radikalen Ueberzeugung im Sinne der K. A. P. D. gekommen. In Lenau habe er vor einem Jahre Beschäftigung gefunden und wurde bei Ausbruch der Aktion in den Aktionsausschuß gewählt. Im übrigen schildert er den Verlauf der Bewegung genau wie Kempin. Dem Spitzelverdacht gegen Utzelmann ist er energisch entgegengetreten. — —

Der erste Zeuge, Direktor Dr. Oster macht Ausführungen über die Höhe des durch den Putsch entstandenen Schadens. Er greift dabei sehr weit zurück und bezeichnet dabei Kempin als einen der Haupthetzer, die ohne die 48-Stundenwoche gedrängt hätten. Seine Ausführungen zu der eigentlichen Aufruhrbewegung können keinen Anspruch auf Zuverlässigkeit erheben, da er die Erfahrungen nur von Mitteilungen Dritter zusammengestellt hat.

Mehrere als Zeugen vernommene Betriebsratsmitglieder sehen in Kempin den böswilligen Gegner, der ihre gesetzliche Macht untergraben hat. Es ist dabei interessant, daß sich also diese V. K. P. D.-Betriebsräte in charfster Form gegen die V. K. P. D.-Aktionsausschußmitglieder wenden.

Arbeiter machen Angaben über den Inhalt der von Kempin gehaltenen Reden, andere über die von ihm geschaffenen Ausweise. — —

Heute werden die Plädoyers des Staatsanwaltes und des Verteidigers stattfinden und der Urteilsspruch gefällt werden.

Der Entwurf des Haushaltsplanes der Stadt Halle für das Rechnungsjahr 1921 liegt von Donnerstag, den 30. Juni d. J. ab acht Tage lang im Finanzbüro (Stadthaus, Eingang Gr. Märkerstraße) während der Dienststunden zur Einsicht aller Einwohner der Stadt aus.

Vortrag von Frau Berend-Groa: „Die Geschlechter." Man kann nach diesem Vortrag bestimmt damit rechnen, daß die hallische bürgerliche Presse Zeter und Mordio schreien wird. Vielleicht nicht schreien, aber gesetzt und in angängiger Positur erklären, daß man so etwas höchstens in Herrengesellschaften und auch dort noch nicht sagen dürfte. Denn erstens sind wir eine solche Stellungnahme unseren Abonnenten schuldig und zweitens weiß man nicht, wozu solche moralische Entrüstung gut ist. Frau Berend-Groa sprach also über die Beziehungen der Geschlechter, über das Verhältnis von Mann und Frau in sexueller Beziehung, alles gestaltet in dichterischer Verarbeitung. Sie sprach nicht gerade „groß", manchmal pathetisch, aber geschult, klar, nicht affektiert und tendenzlos. Sie teilte ihren Vortrag in drei Stationen: Hölle — Weg — Befreiung und hatte seine veilchenblauen, aber wahrhaftige Dichter: Altenberg, Wedekind, Herwegh, Nietzsche. Dunkle menschlichste Geschicke, sexuelle Erkrankungen werden von diesen Menschenauf eine Höhenschicht gehoben, in deren Bezirk kein entrüsteter Wutschrei, sondern durch eine Erschütterung der Welt zur menschlichen Tatbereitschaft und zur Güte ausgelöst wird. Tief brach aber ein Kapitel aus einem der ehrlichsten europäischen Romane, dem „Buhu vom Montparnasse" von Charles-Louis Philippe Bahn in das menschliche Herz. Drei ganz entgegengesetzte Werke vereinigten sich in der gleichen Richtung: ein Volkslied aus „Des Knaben Wunderhorn", ein indianisches Märchen und eine Ballade der proletarischen Dichterin Bertha Last, die ein Kriegsgreuel, eine Mädchenschändung durch Soldaten und den freiwilligen Tod dieser Mädchen in Verse voll unerhörter Tragik eingefangen hatte. B.

Hilfe für die Oberschlesier. Das Deutsche Rote Kreuz, die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier und der Bund der deutschen Grenzmarken-Schutzverbände rufen zu einem Oberschlesier-„Hilfstag" am 3. Juli auf. Die Veranstaltungen werden sich auf den eigentlichen Hilfstag, den Sonntag und den Sonnabend Nachmittag beschränken und in einem, dem ernsten Zwecke entsprechenden, würdigen Rahmen gehalten sein. Nähere Mitteilungen erfolgen noch.

Der Verein der Ost- und Westpreußen, der dem Reichsverband angeschlossen ist, hat es unternommen, alle diejenigen, die am 11. Juli 1920 aus Halle und Umgegend die Fahrt ins ost- und westpreußische Abstimmungsgebiet unternommen haben, am 9. Juli d. J. in der Saalschloßbrauerei zu einem Gartenfest zu vereinen, um ein Fest des Dankes und der Freude zum Gedenken an die für unser gesamtes Vaterland so wichtige Abstimmung zu feiern. Näheres wird durch die Zeitungen bekannt gemacht werden.

Freie Volksbühne. Die gewählten Vertreter werden noch einmal auf die heute abend 8 Uhr im kleinen Thaliasaal stattfindende Hauptversammlung hingewiesen. Die Einladungskarte ist vorzuzeigen.

Freie Volksbühne Halle. Spieltage: B: Mittwoch, den 29. Anfang 8 Uhr. C: Donnerstag, den 30. Anfang 7½ Uhr. D: Sonnabend, den 2. Juli.

Freibank-Verkauf.

Zum Freibankverkauf am 29. Juni 1921 werden die Inhaber nachstehender Nummern zugelassen:

Um 7 Uhr 601 — 1050
„ 9 Uhr 1051 — 1500.

Provinz und Umgegend.

Merseburg — Querfurt — Weißenfels — Zeitz.

Weißenfels. Antisemitische Judenhetze in der Handelsschule. Seit Jahr und Tag fordert der Zentralverband der Angestellten, daß die an den einzelnen Orten noch bestehenden Handelsschulen, die von den kaufmännischen Vereinen eingerichtet sind, in eine städtische Handelsschule umgewandelt wird. Vorkommnisse letzter Zeit weisen daraufhin, daß diese Forderung voll zu Recht besteht, weil sonst eine in keiner Weise ausreichende Aufsicht vorhanden ist. In der hiesigen Handelsschule gibt ein Lehrer Ebel in verschiedenen Klassen Unterricht, und betrachtet es als eine seiner Hauptaufgaben den kaufmännischen Lehrlingen antisemitische Phrasen zu lehren. Nachfolgend bringen wir einige Ausäuge aus dem „Unterricht" dieses Herrn Lehrer Ebel. „Vergleich zwischen einst und jetzt, heute Papier früher Gold. Wo ist das Gold geblieben? Ein Menschenschlag, der Jude, ist von jeher auf das Gold erpicht, das geht aus dem alten Testament hervor (Jakob, Abraham, Das goldene Kalb). Der Jude ist bestrebt, die Weltherrschaft zu erlangen (Bibel: Du sollst das auserliesene Volk sein). Als alle während des Krieges das Gold abgaben, der Jude gab es nicht ab, das jüdische Goldgewerbe blühte sogar, feindliche Haltung des Judentums gegenüber Deutschland während des Krieges. Auf der internationalen Zusammenkunft der Juden in Basel wurde beschlossen (lt. eines Geheimberichtes), alles an sich zu reißen und abhängig zu machen, die Klassengegsätze zu verschärfen und vieles andere. Die Lehre von der Gleichheit haben Juden gepredigt, von der freien Liebe ebenfalls (sie wollen dadurch das Gold des Anderen), von der internationalen Solidarität ebenfalls. Die Dummköpfe, die Arbeiter, wollen es schließlich mit Maschinengewehren erreichen. Dies diene aber nur rein jüdischen Zwecken. Beispiele: Bela Khun hat während der Räteregierung 638 wohlhabende Leute erschießen lassen, damit er dann das Gold und die Wertgegenstände stehlen konnte. Die jüdischen Führer in Bayern hätten in ähnlicher Weise gehandelt. In Rußland seien es nur Juden die regierten. Die jüdische Zeitung „Der Zionist" (?) rief „Palästina den Juden" aber keine Zeitung rief „Deutschland den Deutschen". — Wir fragen das Kuratorium der Handelsschule, ob dieser Unterricht mit seinem Einverständnis erfolgt, und wenn dies nicht der Fall ist, was gedenkt dasselbe dagegen zu tun? Wir sind der Meinung, daß die Handelsschule vor allen Dingen eine theoretische Fortbildung und Vorbereitung für den künftigen Beruf als Kaufmann sein soll. Interessant dabei ist ja, daß dieser Volkserzieher selbst die „Heilige Schrift" als Zeugnis dafür benutzt, wie schlecht die Juden sind. Dieselbe „Heilige Schrift" die derselbe Volkserzieher dann wieder für die Religionslehre der Kinder verwendet. Wir sind wirklich gespannt, was gegen solche Volkserzieher unternommen und was der Magistrat bezw. die Aufsichtsbehörde dagegen zu unternehmen gedenkt.

Roßbach (Schlacht). Vortragsabend der Arbeiter-Jugend. Am Donnerstag, den 30. Juni, abends 8 Uhr, hält in Rühlemanns Gasthof Genosse Thronicker (Weißenfels) einen Vortrag über „Volksbildung, Kunst und Wissenschaft". Da der Vortrag auch für ältere Genossen sehr lehrreich ist, bitten wir alle Parteigenossinnen und Genossen zu diesem Vortrag als Gäste zu erscheinen.

Sangerhausen — Mansfelder See- und Gebirgskreis.

Eisleben. Volksbühne. Der Vorstand der Volksbühne Eisleben e. V. zeigt hierdurch der Oeffentlichkeit an, daß es nach Verhandlungen und Entgegenkommen beiderseits gelungen ist, Herrn Direktor Meth als geschäftsführenden Direktor zu verpflichten. Herr Direktor Meth hat sich der Volksbühne unentgeltlich zur Verfügung gestellt, so daß seine Erfahrungen in vollem Umfange für die Volksbühne nutzbar gemacht werden können. An langwierigen Unterhandlungen hat die Volksbühne die Ueberzeugung gewonnen, daß der künstlerische Aufbau des unter allen Umständen durchzuführenden Programms doch ein allmählicher sein muß. Aus dieser Erkenntnis ist eine Aenderung des Spielplanes insofern notwendig geworden, als nunmehr den Werken mit Musik (Spieloper und Operette) eine breitere Basis eingeräumt werden soll. Stücke wie „Operball", „Geisha", „Tanzgräfin", „Hollandweibchen", „Der letzte Walzer", „Das Dorf ohne Glocke" sollen die Verbindung herstellen zwischen Lustspiel, Schauspiel und der klassischen Tragödie. Selbstverständlich werden auch diese Musikwerke der sorgfältigsten Durcharbeit unseres künstlerischen Leiters obliegen. Um nun durch die Aufnahme der obengenannten Werke den Spielplan nicht zu sehr zu belasten, wird der „Schüler-Cyklus" in einen „Klassiker-Cyklus" umgewandelt, so daß auch die Erwachsenen Gelegenheit haben, sich an den Empfindungen unserer Größten zu erbauen. Dadurch, daß Herr Direktor Meth der Volksbühne gewonnen ist, außerdem Konzessionen im weitesten Sinne gemacht worden sind, hofft der Vorstand der Volksbühne Eisleben e. V., daß nunmehr auch diejenigen nicht mehr zögern, Mitglied zu werden, die bisher aus diesem oder jenem Grunde ferngestanden haben. Hoffen wir, daß in ein oder zwei Jahren die Volksbühne dahin gekommen ist, daß die Sehnsucht der Mitglieder nach Operetten auf dem Nullpunkt angelangt ist, was die künstlerische Leitung unter Einsetzen aller Kraft anstrebt. Die Herren Meth und Marland haben sich zu gemeinsamem Streben nach dem Schönsten zusammengefunden, und somit stehen zwei routinierte Bühnenfachleiter an der Spitze des Unternehmens. Das mag die beste Gewähr sein für gutes Gelingen und Gedeihen der „Volksbühne". Herr Direktor Meth übernimmt mit dem 23. Juli 1921 die geschäftliche Leitung des Vereins.

Eisleben. Volkskonzert. Am kommenden Freitag, den 1. Juli, abends 8 Uhr, findet im Volkshaus — Garten oder Saale, je nach Witterung — unter Kapellmeister Reibers Leitung das 11. Volkskonzert mit auserwähltem Programm statt. Besonders die Arbeiterschaft hat ein Interesse daran, diese unter dem Namen Volkskonzert von der Stadt finanzierten musikalischen Unternehmungen durch besonders starken Besuch auch für die nächste Zukunft zu garantieren.

Helfta. Volksbühne Eisleben e. V. Nunmehr hat die Volksbühne Eisleben e. V. ihre Werbetätigkeit für den schönen Gedanken auch in die umliegenden Ortschaften getragen. Es wurden hier, als erstem Ort in der Umgebung Eislebens, zwei Werbeund Zahlstellen der Volksbühne Eisleben e. V. errichtet. Sie befinden sich in dem Zigarrengeschäft von Friedrich Lehmann, Mittelmstr. 3 und in dem Kolonialwarengeschäft von Gottfried Florstedt (Inh. Karl Florstedt). Wer nun Gelegenheit haben will, im kommenden Herbst und Winter in Eisleben künstlerische Theatervorstellungen zu besuchen, der trage sich dort als Mitglied ein. Die Einschreibegebühr beträgt drei Mark und der Mitgliedsbeitrag (der erst vom August ab erhoben wird) monatlich nur sechs Mark, wofür das Mitglied freien Eintritt zu zwei Vorstellungen im Monat hat.

Hettstedt. Wahlversammlungen und Militärvereine. Die am Sonnabend, den 25. Juni nach dem Ratskeller einberufene Wählerversammlung der S. P. D. konnte wegen schwachen Besuches nicht abgehalten werden. Es ist leider in den Volksgenossen, einestreils durch die Wühlarbeit der Kommunisten und andernteils durch die von den Militärvereinen geförderte Vergnügungssucht, eine Lauheit eingetreten, die viele noch einmal bitter bereuen werden. Bei dem am Sonntag abgehaltenen 50jährigen Jubiläumsfeste des Bestehens des Vereins der ehem. 36er war eine regere Beteiligung zu beobachten. Der Mansfelder kann sich auch heute noch nicht von den Sklavenketten der wilhelminischen Zeit frei machen. Es muß ja auch zu schön sein, wenn man mit einer Militärmütze und Säbel hinter der Fahne herlaufen kann. Volksgenossen, es wird sich an Euch bitter rächen, wenn Ihr diese Lauheit auch bei der am Sonntag stattfindenden Wahl zeigt. Beteiligt Euch mehr am politischen Leben, dann wird auch für Euch eine bessere Zeit kommen, denn nur durch fleißige Mitarbeit kann unser Werk gelingen. Die am Sonntag, den 3. Juli stattfindende Stadtverordneten-Wahl findet laut Bekanntmachung des Magistrats in folgenden Lokalen statt, in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags. Stimmbezirk 1 umfaßt die Straßen: Augustaplatz, Augustastraße, Bahnhofstraße, Am Brauhause, Brauhausstraße, Burgstraße, Freimarkt, Gangolfsstraße, Jüdenkegel, Kirchplatz, Kupferberg, Lutsenplatz, Lutsenstraße, Lutherstraße, Marktplatz, Marktgasse, Mauergasse, Mühlgartenstraße, Neukegasse, Obermühlstr., Hinter dem Planken, Rathausstraße, Rupprechtstraße, Wilhelmstr. Wahlvorsteher: Curt Werner, Lehrer. Stellvertreter: Otto Weiße, Lagerhalter. Wahllokal: Ratskeller — Vereinszimmer im Hofe. Stimmbezirk 2 umfaßt die Straßen: Alberstraße, Augustastraße, Bergstraße, Bernhardstraße, Conradstraße, Eduardstraße, Friedhofstraße, Gustavstraße, Kerstenstraße, Kobersberg, Krankenhausstraße, Langestraße, Martinstraße, Meisbergerstraße, Molmeckerstraße, Rosmarienstraße, Stadtpark, Windmühlenstraße. Wahlvorsteher: Gustav Leuchte, Dentist. Stellvertreter: Hermann Köhler, Bergmann. Wahllokal: Jugendheim im Stadtpark. Stimmbezirk 3 umfaßt die Straßen: Alchersleberstraße, Schöne Aussicht, Zum Doktorteig, Hadebornstraße, Harbenbergstraße, Hl. Reiser, Hospitalstraße, Johannisstraße Johannistor, Untermühlstraße, Ottostraße, Promenade, Schützenstraße, Seiferhöhe, Sperlingsberg, Wahlbeckerstraße, Baracken. Wahlvorsteher: Paul Thormann, Rektor. Stellvertreter: Franz Gebhard, Maurer. Wahllokal: Goldene Krone. Stimmbezirk 4 umfaßt die Straßen: Berverstraße, Göttgerstraße, Brunnenstraße, Emmastraße, Elisenhöhe, Feldstraße, Florastraße, Gerbstedterstraße, Helenenstraße, Himmelsböhe, Hohestraße, Hohetorstraße, Katzenteig, Luxemburgstraße, Magdalenenstraße, Marienstraße, Naptanstraße, Am Plattenberg, Rosenkränzchen I und II, Sophienplatz, Tiergartenstraße, Viktorshöhe, Viervogelplatz. Wahlvorsteher: Wilhelm Biersch, Schneidermeister. Stellvertreter: Otto Großmann, Schmied. Wahllokal: Mittleres Schulgebäude, Kirchplatz 7.

Gerbstedt. Noch nicht ganz unten! Bei der letzten Kreistagswahl zeigte sich ein sogenannter bürgerlicher Block von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten. Die letzteren also mit den Monarchisten Hand in Hand. Wir haben diesen Vorgang schon damals gebührend gegeißelt! Es hat sich gezeigt, daß es doch noch einen Teil Demokraten gab, die mit diesem Beschluß, weil sie mit ihrer Meinung nicht die Oberhand bekamen, nicht einverstanden waren. Sie haben die Konsequenz daraus gezogen und haben nicht gewählt. Immer ein Zeichen, daß wenigstens nicht alle Demokraten sich auf den Weg der politischen Prostitution gegenüber den Monarchisten begeben haben. Beide nur ein kleiner Bruchteil charakterfester Männer!

Bitterfeld — Delitzsch.

Gräfenhainichen. Sonnenwendfeier. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag feierte die Arbeiterjugend das Fest der Sonnenwende. Es ist aber nicht nur bei einer Veranstaltung der Arbeiterjugend geblieben. Die gesamte werktätige schaffende Bevölkerung ohne Unterschied der Parteien hatte sich der Kundgebung angeschlossen. Hell loderte der Flammenschein durch die Gassen unseres Städtchens. Auf dem Markt sang der Gesangverein „Lyvograpkia" „Empor zum Licht". Vor der versammelten Menge (auch das sogenannte Bürgertum war stark vertreten) sprach der Gen. Karl Garbe (Halle) über das Sonnenwendfeuer und die symbolische Kraft, die wir darin erkennen. Aus schattenreichen Gründen streben wir empor zum Licht, zur Menschheitssonnenwende, zur Verbrüderung aller derer, die gleiches Menschenantlitz tragen. Ein Fackelreigen der Bitterfelder Arbeiterjugend schloß sich an seine mit brausendem Beifall aufgenommenen Worte. Dann leuchtete vom Rande der Barbaratippe ein riesiges Sonnenwendfeuer weit in die Runde. Von Zschornewitz und den umliegenden Orten war neuer Zuzug gekommen. Größer und größer wurde die Zahl der an der Feier teilnehmenden Proletarier. Für sie alle ist dieser Tag ein Erlebnis geworden. Mit dem Mahnruf des Gen. Garbe, immer im Herzen das niemals erlöschende Feuer der Sehnsucht nach Freiheit und Gerechtigkeit zu reinigender Flamme auflodern zu lassen und in diesem Sinne den einigenden Kreis aller Proletarier zu schließen, fand die machtvolle Kundgebung ihr Ende. Lasset von diesen Flammen uns den Weg erleuchten .....

Torgau — Liebenwerda.

Torgau. Ja, die Hitze. Das hiesige Kreisblättchen, die „Torgauer Zeitung", quält sich Tag für Tag ab, sogenannte „kurze Worte" zu sagen. Was dabei (man denke, es wird wieder heiß!) aber für Geistlosigkeiten aus dieser schwarz-weiß-roten Denktretorte aufsteigen, zeigt die Nr. 146 des genannten Blättchens. Es steht dort geschrieben: Die Reichsverfassung schreibt: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich!" Weshalb wird dann der Monarchist aus der Verwaltung entfernt? — Ach, Tante, was du nicht sagst! Als ob nicht der ganze Stab der sogenannten amtlichen Gewährsmänner des Kreisblättchens, allen voran der Landrat Dr. Gericke, fromme Monarchisten wären. Und all die anderen, noch in den höchsten Stellen der Verwaltung sitzenden Monarchisten! Unser Papier ist zu schade und zu knapp bemessen, um die endlose Zahl der in Betracht kommenden Namen anzuführen! Sitzen diese Leute nicht in der Verwaltung? Ja, ja. Es ist nichts zu dumm, es findet doch sein Publikum!

Falkenberg. Generalversammlung des Parteivereins. Die Vertrauensmänner der Partei faßten am Montag den Beschluß, daß Freitag, den 1. Juli, in Gruschens kleinem Saal die Generalversammlung stattfindet. Wir machen schon heute die Mitglieder der S. P. D. darauf aufmerksam, daß der gesamte Vorstand neu gewählt wird. Da Genosse Dietrich eine Wiederwahl in der Vertrauensmännersitzung rundweg wegen Arbeitsüberlastung ablehnte, muß ein neuer Vorsitzender gewählt werden. Ebenso ein Schriftführer, da auch hier eine Wiederwahl nicht in Frage kommt. Die Neuwahl der Vertrauensmänner steht ebenfalls auf der Tagesordnung. Wir bitten die Mitglieder, in den Betrieben und Werkstätten diesen Punkt zu diskutieren, Vorschläge zu machen und dafür Sorge zu tragen, daß die Generalversammlung gut besucht wird.

Sport und Körperpflege.

Fußballsport. Am vergangenen Sonntag standen sich der H. F. C. „Sportlust" — H. F. C. „Teutonia" mit folgenden Mannschaften gegenüber: Sportlust I — Teutonia I (4:0). Sportlust II — Teutonia II (2:7). Sportlust I Jugend — Teutonia I Jugend (0:3).

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Im Vereinsanzeiger sollen alle Veranstaltungen der geselligen, gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen aus dem Verbreitungsbezirk angekündigt werden.

Eisleben. Die nächste Mitgliederversammlung der S.P.D. findet am Mittwoch, den 29. Juni, abends pünktlich 8 Uhr, in der „Gambrinushalle" statt. Wir erinnern die Genossen an pünktliches und vollzähliges Erscheinen mit dem dringenden Bemerken die Frauen mitzubringen.

Der Vorstand.

Falkenberg. Freitag, den 1. Juli, abends 8½ Uhr, Generalversammlung der S.P.D. Tagesordnung: 1. Bericht des Gesamtvorstandes. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 3. Neuwahl der Vertrauensleute für die Betriebe, Werkstätten und Dienststellen. 4. Die Agitation in den Betrieben. 5. Verschiedenes

Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210628-15/fragment/page=0006